



GESCHÄFTSBERICHT
2006

R+V Pensionskasse AG



Im FinanzVerbund der
Volksbanken Raiffeisenbanken

R+V Pensionskasse AG

Taunusstraße 1, 65193 Wiesbaden, Telefon (06 11) 5 33-0
Eingetragen beim Amtsgericht Wiesbaden HRB 22028

Geschäftsbericht 2006

Vorgelegt zur ordentlichen Hauptversammlung
am 16. Mai 2007

Inhalt

Gesamtwirtschaftliche Lage	4
<hr/>	
Lagebericht	8
<hr/>	
Jahresabschluss	
Bilanz	24
Gewinn-und-Verlust-Rechnung	28
Anhang	
Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden	31
Erläuterungen zur Bilanz	34
Erläuterungen zur Gewinn-und-Verlust-Rechnung	40
Sonstige Angaben	42
<hr/>	
Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers	49
<hr/>	
Bericht des Aufsichtsrats	50
<hr/>	

Gesamtwirtschaftliche Lage

Der Konjunkturaufschwung fiel mit annähernd 2,7 % für 2006 überraschend gut aus. Denn neben den seit Jahren steigenden Exporten hat im Geschäftsjahr 2006 endlich auch die Inlandsnachfrage angezogen. Treibende Kraft waren hier die Investitionen der Unternehmen. Besonders erfreulich: Erstmals nach fünf Jahren hat die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten wieder merklich zugenommen. Von der guten Wirtschaftslage profitierte auch die Versicherungsbranche.

Das Brutto-Inlandsprodukt stieg 2006 real um beachtliche 2,7 %. Bei gleichzeitig anziehender Inlandsnachfrage war die Außenwirtschaft einmal mehr Stützpfeiler der deutschen Wirtschaft. Zwei Faktoren sorgten im Export für ein rund zwölfprozentiges Wachstum: Zum einen gab die kräftig expandierende Weltwirtschaft positive Impulse. Speziell in dem für Deutschland sehr wichtigen europäischen Absatzmarkt festigte sich der wirtschaftliche Aufschwung und trieb dadurch die Auslandsnachfrage weiter an. Zum anderen haben die deutschen Unternehmen in den letzten Jahren durch Kostensenkungsprogramme, moderate Lohnerhöhungen und gesunkene Lohnnebenkosten ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit deutlich verbessert. Der Anstieg des Euro-Außenwertes gegenüber dem US-Dollar um mehr als 10 % wurde gut verkraftet.

Starke Wachstumsimpulse aus dem Inland

Gut gefüllte Auftragsbücher sowie ausgelastete Anlagen und Maschinen veranlassten viele Unternehmen, ihre Produktionskapazitäten zu erweitern und in neue Techniken zu investieren. Endlich sprang der Funke vom Exportsektor auch auf die Inlandsnachfrage über. Das Investitionsklima war sehr günstig: Eine anziehende Konjunktur mit optimistischen Absatzerwartungen traf auf gute Finanzierungsbedingungen. Dazu kamen Abschreibungserleichterungen für bewegliche Anlagegüter. Neben den Ausrüstungsinvestitionen trug die Bauwirtschaft einen maßgeblichen Teil zur dynamischen inländischen Entwicklung bei.

Auch privater Konsum erholt sich langsam

Die anziehende konjunkturelle Lage und die anstehende Mehrwertsteuererhöhung hatten positive Auswirkungen auf den privaten Konsum: insbesondere in der zweiten Hälfte des Jahres 2006 zog die private Nachfrage an. Das verfügbare Einkommen der Haushalte stieg nominal um 1,7 %. Angesichts nur geringfügig steigender Bruttolöhne und -gehälter (plus 1,4 % nominal) griffen jedoch viele Bürger auf ihre Ersparnisse zurück, um diese Käufe zu finanzieren. Erstmals seit 2000 ging die Sparquote wieder leicht zurück.

Die verbesserte Lage auf dem Arbeitsmarkt trug zusätzlich dazu bei, dass sich die privaten Konsumausgaben 2006 erhöhten. Die Zahl der Arbeitslosen sank um rund 330.000 auf etwa 4,5 Mio. registrierte Personen. Erfreulicherweise sind 2006 dabei auch wieder sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze entstanden – im Gegensatz zu früheren Jahren, in denen vor allem staatlich geförderte Stellen und Ein-Euro-Jobs die Arbeitslosenstatistik positiv beeinflussten. Auch die Zahl der offenen Stellen stieg spürbar, Kurzarbeit ging deutlich zurück.

Kapitalmarkt bot gute Renditen

Auch die Kapitalmärkte haben sich positiv entwickelt: DAX und DJ Euro Stoxx 50 stiegen im Jahresverlauf um 22 bzw. 15 %. Aktien waren weiterhin eine lukrative Anlageform, insbesondere nach einem Kursrückgang im Frühjahr um rund 15 %. Zusätzlich beflügelten vielfältige Erwartungen von Unternehmensübernahmen die Kurse.

Im selben Zeitraum stieg auch das Zinsniveau auf dem europäischen Rentenmarkt. Die als Referenzwert verwendete Rendite der zehnjährigen Bundesanleihen lag zum 31. Dezember 2006 bei 3,9 % und damit um rund 0,5 Prozentpunkte über dem Wert zum Jahresanfang. Zur Jahresmitte konnten sogar Renditen um 4,2 % erzielt werden. Die europäische Zentralbank hob die Zinsen von 2,25 % auf 3,5 % an. Damit verflachte sich die Zinsstrukturkurve zunehmend.

Für 2007 optimistische Prognosen trotz Mehrwertsteuererhöhung

Nach Meinung vieler Wirtschaftsexperten werde die konjunkturelle Dynamik im ersten Halbjahr zwar gemäßigt sein, der Konjunkturaufschwung aus 2006 reiche insgesamt aber aus, um für günstige Rahmenbedingungen in 2007 zu sorgen: Die Auftragslage sei gut, der Export werde dank einer starken Weltkonjunktur weiter wachsen. Dadurch sei auch die Investitionsbereitschaft der Unternehmen im Inland positiv. Die Entwicklung des privaten Konsums wird jedoch vorsichtiger eingeschätzt, da zum einen die Bürger viele größere Anschaffungen ins Jahr 2006 vorgezogen haben, zum anderen weil die Mehrwertsteuererhöhung wie ein realer Kaufkraftentzug wirkt. Überwiegend liegen die Prognosen für das Wachstum des realen Brutto-Inlandsproduktes 2007 zwischen 1,5 und 2,0 %.

Versicherungswirtschaft 2006: eine Branche im Umbruch

Das Wachstum der Beitragseinnahmen in der Versicherungswirtschaft lag mit 2,3 % (161,6 Mrd. EUR) geringfügig unter dem der Gesamtwirtschaft. Hier spiegelt sich die Umbruchsituation der Assekuranz wider. Auslöser dafür sind zum einen Gesetzesänderungen und -vorhaben in verschiedenen Bereichen wie zum Beispiel das Alterseinkünftegesetz oder die Gesundheitsreform. Zum anderen spüren die Versicherer eine deutliche Verschärfung des Wettbewerbs, die zunehmend Druck auf Preise, Kostenstruktur und Rendite der Versicherungsunternehmen ausübt.

Gesamtzahlen der Branche*	2006 in Mrd. €	Veränderung zum Vorjahr
Gebuchte Bruttobeitragseinnahmen, Inland	161,6	+2,3 %
Versicherungsleistungen der Erstversicherer	138,6	+3,1 %
Kapitalanlagen der Branche	1.130,0	+5,9 %

*GDV-Zahlen, Stand März 2007

Der Wettbewerb um Marktanteile wird immer intensiver. Viele Unternehmen reagieren mit umfangreichen Reorganisations- und Kostensenkungsprogrammen sowie mit Fusionen. Veränderte Kundenansprüche runden das Bild einer Branche im Umbruch ab.

Rentenversicherungen stabilisieren Neugeschäft der Lebensversicherer

Die Lebensversicherer vollzogen den Wechsel in eine neue Produktwelt erfolgreich. Insbesondere mit Rentenversicherungen aber auch mit flexiblen, kapitalmarktorientierten Vorsorgeprodukten ist es ihnen gelungen, die Wachstumsdelle im Neugeschäft 2005 als Folge des Alterseinkünftegesetzes zu überwinden. Die Struktur des Neugeschäftes hat sich dadurch stark verändert. Der Anteil der Rentenpolicen stieg 2006 auf 48,7 % – im Jahre 2005 waren es noch 41,7 %. Beim Neugeschäftsbeitrag stammen sogar schon fast 69,7 % aus Rentenversicherungen. Diese Zahlen zeigen sehr deutlich, dass sich die Branche auf die neuen gesetzlichen Vorgaben gut eingestellt hat und ihren Kunden weiterhin renditestarke und steuerlich attraktive Altersvorsorgelösungen mit Garantien anbieten kann.

Weiter an Bedeutung gewinnt die betriebliche Altersversorgung im deutschen Lebensversicherungsmarkt. Unternehmen entdecken den Mitarbeiter-Bindungseffekt neu, den ein modernes Versorgungswerk leisten kann. Zudem wird der seit 2002 bestehende Rechtsanspruch der Mitarbeiter auf Entgeltumwandlung nunmehr verstärkt auch im Mittelstand umgesetzt.

Entwicklung der Lebensversicherungssparte*	2006 in Mrd. €	Veränderung zum Vorjahr
Gebuchte Bruttobeiträge	78,3	+4,1 %
Anzahl neuer Verträge	8,5 Mio. Stück	+8,5 %
Gesamte Neugeschäftsbeiträge	19,4	+25,4 %

*GDV-Zahlen; Lebensversicherer, Pensionskassen, Pensionsfonds
Stand März 2007

Zunehmend entsteht eine große Nachfrage nach innovativen Modellen zur Auslagerung der Pensionsrückstellungen. Es wächst das Verständnis bei den Unternehmen, dass Risiko aus Biometrie, Zinsrisiko und zu geringe Dotierungsmöglichkeiten bereits mittelfristig ein erhebliches Gefahrenpotential in sich bergen. Der Trend hin zur Bewertung nach internationalen Rechnungslegungsstandards und der Einfluss von Rating-Agenturen verstärken die Nachfrage nach geeigneten Produkten zur Auslagerung. Damit ergibt sich für moderne Altersvorsorge-Lösungen ein hohes Wachstumspotenzial.

Verstärkt werden deshalb große Versorgungswerke am Markt in Zusammenarbeit mit Gewerkschaften und Verbänden installiert. Die konkreten Regelungen finden Einbindung in zahlreichen Tarifverträgen. An Versicherungsunternehmen stellt dies hohe Anforderungen an flexible Produkte und Verwaltungssysteme.

Boom bei den Riester-Renten

Zwei Schwerpunkte haben sich im Rentenversicherungsgeschäft herausgebildet: die private Rentenversicherung gegen Einmalbeitrag und die Riester-Rente. Das Neugeschäft gegen Einmalbeitrag setzte 2006 seinen Wachstumskurs mit einem Plus von 27,4 % fort. Vor allem abgelaufene Kapitalversicherungen, aber auch größere Geldbeträge aus anderen Anlageformen oder Erbschaften werden in Rentenversicherungen gegen Einmalbeitrag investiert. Speziell fondsgebundene Angebote sind stark „im Kommen“. Hier zeigt sich das Vertrauen der Bundesbürger in die langfristige Finanzstärke und Anlagepolitik der Lebensversicherer.

Entwicklung der Krankenversicherungssparte*	2006 in Mrd. €	Veränderung zum Vorjahr
Gebuchte Bruttobeiträge	28,4	+4,0 %
davon Voll- und Zusatzversicherung	26,6	+4,3 %
davon private Pflegepflichtversicherung	1,9	0,0 %
Ausgezahlte Leistungen	17,8	+3,0 %

*GDV-Zahlen, Stand März 2007

Altersvorsorge mit staatlicher Förderung ist angesichts der Situation der gesetzlichen Rentenversicherung und langsam wachsender Einkommen der Deutschen der zweite starke Trend in der Lebensversicherung. Die Riester-Rente ist 2006 zum „Bestseller“ geworden und hat dadurch auch im gesamten Rentenversicherungsgeschäft deutlich an Gewicht gewonnen: zwei Millionen Neuverträge – plus 79,8 % – schlossen die Bundesbürger ab. Damit wurde mehr als jeder zweite neue Rentenversicherungsvertrag nach dem Altersvermögensgesetz gefördert. Einen Wachstumsschub bekam das Geschäft durch die Erhöhung der steuerlich förderfähigen Beiträge um 50 % Anfang des Jahres 2006 (dritte Stufe der „Riester-Treppe“).

Private Krankenversicherung geprägt von Diskussionen um die Gesundheitsreform

Mit einem Plus von 4,0 % bei den gebuchten Bruttobeiträgen hat die private Krankenversicherung neben der Lebensversicherungssparte ebenfalls einen branchenüberdurchschnittlichen Beitragszuwachs im Jahr 2006 zu verzeichnen. Die Mehreinnahmen resultieren zum einen aus Beitragsanpassungen, die durch höhere Leistungsaufwendungen notwendig geworden waren, zum anderen aus dem Neugeschäft.

Neue Kunden für die Krankenvollversicherung zu gewinnen, ist aufgrund der hohen Versicherungspflichtgrenze und der aktuellen Diskussion zur Gesundheitsreform schwierig geworden. Mit einem Nettoneuzugang von 102.600 vollversicherten Kunden im Jahr 2006 bleibt das Wachstum weiter niedrig und liegt erneut unter den entsprechenden Werten des Vorjahres. Gesetzlich Versicherte, die die Eintrittsvoraussetzungen erfüllen, nutzten noch die Chance und wechselten in die private Krankenvollversicherung.

Entwicklung der Schaden- und Unfallversicherung, gebuchte Bruttobeiträge*	2006 in Mrd. €	Veränderung zum Vorjahr
Schaden/Unfall gesamt	54,9	-0,9 %
Krafftahrt	21,2	-3,8 %
Allgemeine Haftpflicht	6,8	+0,5 %
Unfallversicherung	6,2	+3,0 %
Rechtsschutzversicherung	3,1	+1,5 %
Sachversicherung	14,3	+0,8 %
Ausgezahlte Leistungen	39,8	+0,5 %

* GDV-Zahlen, Stand März 2007

Wesentlich dynamischer entwickelte sich die private Krankenversicherung im Bereich der Zusatztarife. Im Jahr 2006 wuchs der Bestand an Zusatzversicherten um rund 1.310.000 Personen. Zum Vergleich: Im Vorjahr waren es 950.000 Bürger. Besonders gefragt waren Zahnergänzungsversicherungen und die Absicherung ambulanter Zusatzleistungen. Für das gute Neugeschäft sorgten die zunehmenden Leistungslücken in der gesetzlichen Krankenversicherung sowie die Diskussion zur Gesundheitsreform.

Schaden- und Unfallversicherung mit leichtem Wachstum

Weniger erfreulich ist die Situation bei den Schaden- und Unfallversicherern. In vielen Einzelsparten ist der Markt weitgehend gesättigt. Die Folge: Ein immer aggressiverer Preiswettbewerb – speziell in der Kfz-Versicherung und bei Industriellen Sachversicherungen. Das hinterließ im Geschäftsergebnis 2006 deutliche Spuren. Das versicherungstechnische Plus fiel mit knapp 3,9 Mrd. EUR um rund 1,0 Mrd. EUR niedriger aus als im Vorjahr. Ursache für den Einbruch sind sinkende Beitragseinnahmen (minus 0,9 %) bei gleichzeitig steigenden Schadenaufwendungen (plus 0,8 %), obwohl Großschäden glücklicherweise ausblieben. Die Schadenquote stieg von 72,9 auf 74 %. Dadurch wird sich die Combined Ratio um gut zwei Prozentpunkte auf 93 % verschlechtern.

Kfz-Versicherer verdienen weniger als im Vorjahr

Am stärksten betroffen von Beitragsrückgängen war die größte Einzelsparte Kfz: Nach einem Rückgang von 2,2 % in 2005 schloss die Kfz-Sparte 2006 mit einem Minus von 3,8 % ab. Die Ursache ist eindeutig: Der immer heftigere Preiswettbewerb hat nun alle Bereiche der Kfz-Versicherung erfasst. Viele Versicherer senkten abermals ihre Prämien oder boten ihren Kunden an, in günstigere Schadenfreiheits- oder Fahrzeugtypklassen zu wechseln. Erstmals wirkt sich hier zudem die demografische Entwicklung aus: Der in den letzten Jahren ohnehin schon schwache Zuwachs im Bestand verlangsamte sich 2006 weiter. Er wuchs nur noch um 0,5 %.

Die Entwicklung auf der Schadenseite hat die unerfreuliche Lage der Kfz-Versicherer weiter verstärkt. Der seit drei Jahren andauernde Rückgang der Schadenaufwendungen kam 2006 fast zum Stillstand, das Minus von nur noch 0,3 % ist nur noch gering. Die Mehrwertsteuererhöhung 2007 wird den Trend aber deutlich beschleunigen. Insgesamt liegt das versicherungstechnische Ergebnis der Kfz-Sparte noch bei rund 200 Mio. EUR, das sind allerdings 80 % weniger als im Vorjahr.

Mehr Schäden bei den Sachversicherungen

Gleichfalls angespannter als in den letzten Jahren ist die Lage bei den Sachversicherungen. Während es bei Hausrat- und Wohngebäudeversicherungen noch konjunkturbedingt zu einem leichten Plus von 1,5 bzw. 2,0 % reichte und die gewerblichen Sachversicherungen auf Vorjahresniveau verharrten, sackten die Beitragseinnahmen in der Industriellen Sachversicherung um 0,7 % ab.

Der Schadenaufwand hat sich über alle Sachsparten um rund 6 % auf knapp 10 Mrd. EUR erhöht. Vor allem Großschäden bei der Industriellen Sachversicherung und wetterbedingte Elementarschäden trafen die Sachversicherer hart. Ergebnis: Bei einer Combined Ratio von 91,0 % (2005: 87,9 %) reduzierte sich der versicherungstechnische Gewinn um 60 % auf rund 700 Mio. EUR.

Lagebericht

Aufnahme des Geschäftsbetriebs

Die R+V Pensionskasse AG wurde von der R+V Lebensversicherung AG gegründet, um Pensionskassenprodukte vertreiben und führen zu können.

Ihren Geschäftsbetrieb nahm die R+V Pensionskasse AG daraufhin im Geschäftsjahr 2006 erfolgreich auf. Mit Wirkung zum 1. Januar 2006 wurden auf die Gesellschaft alle im Nichtmitliedergeschäft der R+V Pensionsversicherung a. G. geführten Pensionsversicherungsverträge inklusive des Teilbestandes Metallrente übertragen. Die Übertragung erfolgte mit den zugehörigen versicherungstechnischen Passiva und den zur Bedeckung dienenden Aktiva im Wege der Bestandsübertragung gemäß § 14 VAG. Im Zuge der Bestandsübertragung zahlte die R+V Pensionsversicherung a. G. 0,1 Mio. EUR Eigenkapital in Form von Sacheinlagen in die R+V Pensionskasse AG ein. Sie ist damit neben der R+V Lebensversicherung AG nunmehr zu knapp einem Prozent an der Gesellschaft beteiligt. Vor dem Hintergrund der Bestandsübertragung beziehen sich Aussagen zu vorangegangenen Jahren und Vergleiche wie beispielsweise Veränderungsraten im Folgenden auf die vormals als Nichtmitliedergeschäft bei der R+V Pensionsversicherung a. G. geführten Verträge.

Im Oktober 2006 trat die R+V Pensionskasse AG freiwillig dem Sicherungsfonds für Lebensversicherungsunternehmen bei.

Geschäftsverlauf im Überblick

Das Jahr 2006 verlief bei der R+V Pensionskasse AG den Erwartungen entsprechend.

Beim Neugeschäft konnte mit 16 Mio. EUR laufendem Beitrag und 0,6 Mio. EUR Einmalbeitrag ein guter Wert erreicht werden.

Durch das Neugeschäft bedingt übertrafen die gebuchten Bruttobeiträge mit 95,2 Mio. EUR die des Vorjahres um 18,5 %.

Der Versicherungsbestand wuchs auf 81 Tsd. Verträge mit einem laufenden Beitrag von 99,1 Mio. EUR an. Die Stornoquote lag bei 3,8 %.

Im Geschäftsjahr erwirtschaftete die R+V Pensionskasse AG einen Überschuss von 2,4 Mio. EUR, der in voller Höhe in die Rückstellung für Beitragsrückerstattung eingezahlt wurde.

R+V Pensionskasse AG – ein verlässlicher Partner

Eingebettet in den R+V Konzern steht die R+V Pensionskasse AG wie die übrigen Gesellschaften aufgrund einer auf langfristige Solidität ausgerichteten Unternehmenspolitik für Verlässlichkeit und Stärke. Alle Verpflichtungen der R+V Pensionskasse AG waren durch entsprechende Kapitalanlagen (gebundenes Vermögen) auf Basis der Buch- und Zeitwerte zum 31. Dezember 2006 in vollem Umfang bedeckt.

Maßgeschneiderte Lösungen für die betriebliche Altersversorgung

Als wichtigem Baustein der eigenverantwortlichen Altersvorsorge kommt der betrieblichen Altersversorgung große Bedeutung zu. Auch die von R+V in Auftrag gegebene und repräsentative „Mittelstandsstudie“ dokumentiert gerade in diesem Bereich ein hohes Wachstumspotential. Als wichtiges Ergebnis hält sie fest: Je kleiner der Betrieb, desto weniger Arbeitnehmer haben Zugang zur betrieblichen Altersversorgung. Gerade weil die mittelständischen Unternehmen zur Klientel der R+V gehören und weil es seit 2001 ein gesetzlich verbrieftes Recht auf betriebliche Altersversorgung gibt, sieht sich R+V hier im besonderen Maße in der Pflicht und bietet Produkte der betrieblichen Altersversorgung für alle fünf Durchführungswege an. Die R+V Pensionskasse AG deckt mit ihren Produkten dabei einen dieser Durchführungswege ab.

Frühere Alleinstellungsmerkmale des Durchführungswegs Pensionskasse innerhalb der betrieblichen Altersvorsorge wurden mit der Einführung des Alterseinkünftegesetzes aufgehoben. Er ist jetzt hinsichtlich der Rahmenbedingungen mit der Direktversicherung gleichgestellt. Pensionskassen stehen daher verstärkt im Wettbewerb mit den übrigen Durchführungswegen der betrieblichen Altersvorsorge. Die Pensionskassenprodukte selbst haben jedoch nichts von ihrer Attraktivität verloren und bieten den Kunden daher weiterhin eine sinnvolle Möglichkeit, ergänzend für das Alter vorzusorgen. Fachkundige und verständliche Beratung wird dabei durch koordiniertes Handeln von Primärbanken, den Beratern der compertis – ein auf betriebliche Altersversorgung spezialisiertes Tochterunternehmen von R+V und Union Investment – und dem R+V Außendienst sichergestellt.

Diese Kompetenz der R+V überzeugt nicht nur die Kunden, sondern hat auch dazu geführt, dass R+V bereits im Jahr 2005 als Konsortialmitglied in das Versorgungswerk MetallRente aufgenommen wurde.

Verlässliche Rahmenbedingungen in der Altersvorsorge durch den Gesetzgeber notwendig

Damit die R+V Pensionskasse AG und die Versicherungswirtschaft insgesamt ihrer Verantwortung als Partner, insbesondere in Bezug auf die ergänzende Altersvorsorge gerecht werden kann, müssen Gesetzgeber und Behörden für einen verlässlichen und angemessenen Rechts- und Aufsichtsrahmen sorgen.

Zu beobachten ist, dass sich dieser Rahmen in zunehmend kürzeren Zeitabständen ändert. Im Jahr 2006 wurden vom Gesetzgeber insbesondere folgende drei Vorhaben auf den Weg gebracht oder umgesetzt: die Reform des Versicherungsvertragsgesetzes (VVG), das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz sowie die Vermittlerrichtlinie.

VVG-Reform

Für alle auf dem deutschen Markt aktiven Versicherungsunternehmen ist eine Neufassung des VVG in Vorbereitung. Die R+V Pensionskasse AG unterstützt alle grundsätzlich damit verbundenen Reformziele: die Modernisierung des Rechts, mehr Transparenz sowie die Verbesserung des Verbraucherschutzes.

Bei der Gestaltung der Reform darf jedoch weder die Handlungsfähigkeit der Versicherungsunternehmen aus dem Auge verloren noch das Solidaritätsprinzip der Versichertengemeinschaft den kurzfristigen Interessen einzelner Versicherungsnehmer untergeordnet werden. Außerdem gilt es, unnützen bürokratischen Aufwand zu vermeiden.

Der derzeitige VVG-Regierungsentwurf sieht insbesondere Erweiterungen bei den Informations- und Beratungspflichten für Versicherungsunternehmen und deren Vermittler vor. Diese kommen sowohl bei Vertragsabschluss als auch während der Vertragslaufzeit zum Tragen. Beispielsweise soll das bisherige Policenmodell, bei dem die Vertragsbestimmungen einschließlich der Allgemeinen Versicherungsbedingungen dem Kunden mit dem Versicherungsschein zugesandt werden, abgeschafft werden. Diese Unterlagen sind dem Kunden künftig rechtzeitig vor seiner Vertragserklärung zur Verfügung zu stellen.

Auch das von der Versicherungswirtschaft bisher praktizierte Policenmodell erfüllt unseres Erachtens die Vorgaben der europäischen Richtlinien. Wenn das nicht der Fall wäre, hätte der deutsche Gesetzgeber gegen europäisches Recht verstoßen, als er die Regelung in das heute geltende VVG aufnahm. Es ist unverständlich, warum diese Rechtsfrage nicht abschließend vor dem europäischen Gerichtshof geklärt und danach, falls notwendig, gehandelt wird. Fraglich ist zudem, ob der erhöhte Verwaltungsaufwand vor Vertragsabschluss zu einem echten Mehr an Information für die Kunden führt.

Unverständlich ist auch, dass der Versicherungsnehmer, obwohl er die kompletten Informationen rechtzeitig vor Unterschrift unter die Vertragserklärung erhalten soll, ein dreißigtägiges Widerrufsrecht eingeräumt bekommt.

In der Lebensversicherung sollen die Versicherten künftig bei vielen Verträgen zum Auszahlungszeitpunkt beziehungsweise bei Rentenübergang verursachungsorientiert an 50 % der stillen Reserven beteiligt werden. Zusätzlich sollen die Rückkaufswerte am Anfang der Vertragslaufzeit durch eine Verteilung der Abschlusskosten auf fünf Jahre erhöht werden.

Bereits jetzt handelt die R+V Pensionskasse AG nach der Maßgabe, ihre Kunden verursachungsgerecht und angemessen an den erwirtschafteten Überschüssen zu beteiligen. Durch die derzeitigen Überschussarten partizipieren die Versicherungsnehmer daher auch jetzt schon an den stillen Reserven. Durch die laufende Überschussbeteiligung werden die Versicherungsverträge bereits während der Laufzeit an realisierten stillen Reserven beteiligt und darüber hinaus durch die Schlussüberschussbeteiligung.

Als weiterer Punkt der Reform ist vorgesehen, die Sanktionierungsmöglichkeiten von Versicherungsunternehmen nach Verletzungen der vorvertraglichen Anzeigepflichten durch den Versicherungsnehmer generell stark einzuschränken.

Transparenz und Verbraucherfreundlichkeit sind und waren immer Kernpunkte der Unternehmenskultur bei den R+V Gesellschaften; damit im neuen Versicherungsvertragsgesetz die Basis für einen fairen Interessenausgleich zwischen dem einzelnen Versicherungsnehmer und den Trägern der abgesicherten Risiken, nämlich den Versicherungsunternehmen mit ihren Mitgliedern oder Aktionären und insbesondere den Versichertenkollektiven, erhalten bleibt, wird sich R+V auch weiterhin in die fachliche Diskussion um die VVG-Reform einbringen.

Obwohl die endgültige Verabschiedung der VVG-Reform erst für Mitte 2007 terminiert ist und insofern ein Unsicherheitsfaktor besteht, ist abzusehen, dass mit hohem Umsetzungsaufwand Geschäftsprozesse angepasst werden müssen.

Zur Bewältigung dieser Herausforderung hat R+V frühzeitig eine Projektstruktur etabliert, über die zentral und rechtzeitig passgenaue Lösungen für alle Aspekte der Reform erarbeitet werden.

Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz

Die R+V Pensionskasse AG verurteilt Diskriminierung und befürwortet insofern das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz als nationales Gesetz zur Umsetzung der europäischen Antidiskriminierungsrichtlinien.

Anders als im Gesetzesentwurf bleibt durch die jetzige Regelung die Möglichkeit der Versicherer erhalten, Prämien und Bedingungen risikoadäquat zu kalkulieren beziehungsweise zu gestalten.

Ob sich das Regelwerk insgesamt im Alltag bewährt, wird die Zukunft zeigen. Hierbei wird der Rechtsprechung eine verantwortungsvolle Rolle zugewiesen.

Vermittlerrichtlinie

Wie auch die VVG-Reform hat die Vermittlerrichtlinie die Verbesserung des Verbraucherschutzes zum Ziel. Daneben wird die Harmonisierung des europäischen Versicherungsvermittlermarktes angestrebt.

Im Zentrum der EU-Richtlinie, die im Mai 2007 in nationales Recht umgesetzt wird, stehen

- Beratungs-, Informations- und Dokumentationspflichten
- sowie Regelungen bezüglich der Haftung, der Registrierung und der Qualifizierung der Vermittler.

In jedem dieser Handlungsfelder hat R+V umfangreiche Vorbereitungen zur Unterstützung ihrer Vermittler und der Banken des genossenschaftlichen Verbundes getroffen.

Beispielsweise sind Beratungsprotokolle erarbeitet worden, deren Praxistauglichkeit in Pilotfeldern überprüft worden ist. Durch diese Tests im operativen Alltag konnte von Anfang an eine hohe Akzeptanz der Protokolle bei Bankmitarbeitern, dem R+V Außendienst und auch bei den Kunden sichergestellt werden. Zudem konnten hierbei vertriebliche Chancen genutzt werden. Daher wurden die Beratungsprotokolle beim R+V Außendienst und bei den Bankvertriebspartnern bereits im Laufe des vierten Quartals 2006 erfolgreich in der Praxis eingeführt.

Auch zur Haftung der Versicherungsvermittler wurde schon im Laufe des Jahres 2006 ein Lösungskonzept entwickelt und den Vertriebspartnern zum Jahresende zur Verfügung gestellt.

Bezüglich Qualifizierung wurde zum Beispiel für die Mitarbeiter der Primärbanken ein umfangreiches Konzept entwickelt, welches sich aus mehreren Bausteinen zusammensetzt.

Mit Blick auf die Registrierung der Vermittler wird R+V in Abstimmung mit den genossenschaftlichen Verbänden und den Vertriebspartnern die gesetzlich erforderlichen organisatorischen Maßnahmen aktiv unterstützen und begleiten.

Insgesamt sind die Vermittler der R+V bestens auf die Herausforderungen der EU-Vermittlerrichtlinie eingestellt.

Anpassung des Höchstrechnungszinses zum 1. Januar 2007

Mit Wirkung zum 1. Januar 2007 hat der Gesetzgeber den Garantiezins für Neuverträge auf 2,25 % gesenkt. Zu Gunsten ihrer Kunden wird die R+V Pensionskasse AG den gesetzlich vorgegebenen Rahmen voll ausschöpfen.

Die Änderung des Garantiezinses hat auf die bis zum 31. Dezember 2006 abgeschlossenen Verträge keine Auswirkungen. Für Neukunden wurde der abgesenkte Garantiezins durch eine höhere Deklaration der Zinsüberschussbeteiligung kompensiert.

Damit bietet die R+V Pensionskasse AG allen ihren Kunden auch zukünftig eine attraktive Gesamtverzinsung.

Versicherungsarten

Die R+V Pensionskasse AG bietet Versicherungen in Form von beitragsorientierten Leistungszusagen sowie Beitragszusagen mit Mindestleistung an. Ergänzend zu den Altersrenten können Zusatzversicherungen zur Versorgung von Hinterbliebenen und zur Absicherung für den Fall der Berufsunfähigkeit eingeschlossen werden.

Beiträge

Die gebuchten Beiträge des Berichtsjahrs belaufen sich auf 95,2 Mio. EUR. Bezogen auf den übertragenen Bestand entspricht das einer Steigerung von 14,8 Mio. EUR oder 18,5 % gegenüber dem Vorjahr.

Aufwendungen für Versicherungsfälle

Die Aufwendungen für Versicherungsfälle betragen 1,9 Mio. EUR. Angesichts des noch jungen Bestandes betreffen sie hauptsächlich Rückkäufe.

Versichertenbestand

Der Neuzugang zum Aktivenbestand betrug im Berichtsjahr 10.307 Versicherungen.

Der Bestand wuchs um 14,0 % auf 80.588 Verträge.

Die Bewegung des Bestandes an Pensionsversicherungen ist der Anlage zum Lagebericht auf den Seiten 20 und 21 zu entnehmen.

Kapitalanlagen

Die Kapitalanlagen der R+V Pensionskasse AG beliefen sich zum 31. Dezember 2005 auf 13,0 Mio. EUR. Im Rahmen der Übertragung des Nichtmitgliedergeschäftes der R+V Pensionsversicherung a. G. wurden auch deren Kapitalanlagen in Höhe von 56,5 Mio. EUR auf die Gesellschaft übertragen. Bis zum Ende des abgelaufenen Geschäftsjahres verzeichneten die Kapitalanlagen ein rasantes Wachstum auf 200,2 Mio. EUR. Dieser sehr hohe Zuwachs resultierte in erster Linie aus dem erfolgreichen Neugeschäft der Gesellschaft im abgelaufenen Geschäftsjahr. Die für die Neuanlage zur Verfügung stehenden Mittel wurden überwiegend in Zinstitel investiert. Darüber hinaus wurden auch indirekt über Fonds Aktien erworben.

Aus den Kapitalanlagen wurde ein ordentliches Ergebnis in Höhe von 6,4 Mio. EUR erwirtschaftet. Aufgrund der Zinsentwicklung auf dem Kapitalmarkt waren außerordentliche Abschreibungen im Umfang von 0,3 Mio. EUR erforderlich. Das Nettoergebnis belief sich auf 6,1 Mio. EUR. Die Nettoverzinsung betrug 4,5 %.

Kosten

Die Abschlussaufwendungen betragen 11,7 Mio. EUR. Mit der Beitragssumme des Neugeschäfts ergab sich daraus ein Abschlusskostensatz von 3,1 %.

Die Verwaltungsaufwendungen von 1,8 Mio. EUR ergeben einen Verwaltungskostensatz von 1,9 %.

Die wesentlichen Überschussquellen

Zins-, Kosten- und Risikoergebnis bilden die wesentlichen Quellen des Gesamtüberschusses. Alle drei Ergebnisquellen waren im Berichtsjahr positiv.

Die größte Überschussquelle stellte dabei das Zinsergebnis dar.

Da die zur Deckung der Kosten im Geschäftsjahr vorgesehenen Mittel nicht in vollem Umfang benötigt wurden, war das Kostenergebnis die zweitwichtigste Überschussquelle.

Durch vorsichtige Einschätzung der Sterblichkeit und anderer Risiken ging das Risikoergebnis als drittgrößte Quelle in den Überschuss ein.

Der Überschuss und seine Verwendung

Im Geschäftsjahr erwirtschaftete die R+V Pensionskasse AG einen Überschuss in Höhe von 2,4 Mio. EUR. Dieser wurde für künftige Überschussbeteiligungen in voller Höhe in die Rückstellung für Beitragsrückerstattung eingestellt.

Darstellung der Überschussbeteiligung

Anpassungen der Überschussbeteiligung in Versicherungsverträgen sind notwendige Steuerungsmaßnahmen, vor allem in Zeiten volatiler Kapitalmärkte. Dabei ist es besonders wichtig, dass der Charakter der Überschussbeteiligung transparent dargestellt wird. Das Kunden-Informationskonzept der R+V

- verdeutlicht umfassend den Charakter der Überschussbeteiligung und macht den Vertragsverlauf für die Kunden transparent, so dass sichergestellt ist, dass der Kunde bereits bei Vertragsabschluss klar zwischen garantierter Leistung und Leistung aus der Überschussbeteiligung unterscheiden kann,
- stellt sicher, dass der Kunde sich eine Vorstellung von den quantitativen Auswirkungen der Überschussbeteiligung machen kann,
- sorgt dafür, dass der Kunde während der Vertragslaufzeit jährlich darüber informiert wird, welche Überschussbeteiligung tatsächlich bereits zugeführt wurde und wie sich die künftige Überschussbeteiligung quantitativ auswirken könnte.

Überschussbeteiligung

Durch die Überschussbeteiligung werden die Versicherungsnehmer entstehungsgerecht und zeitnah an allen erwirtschafteten Überschüssen beteiligt.

Die Überschussanteilssätze wurden in allen Überschussverbänden auf Vorjahresniveau festgelegt. Sie sind im Einzelnen auf den Seiten 42–45 aufgeführt.

Vertragsbeziehungen

Die Vorstände der R+V Gruppengesellschaften sind teilweise in Personalunion besetzt.

Die Gesellschaften der R+V Gruppe haben Dienstleistungsvereinbarungen abgeschlossen. Danach werden gesellschaftsübergreifende Dienstleistungen jeweils von einer Gesellschaft – R+V Versicherung AG, R+V Allgemeine Versicherung AG, R+V Lebensversicherung AG, KRAVAG-LOGISTIC Versicherungs-Aktiengesellschaft oder R+V Service Center GmbH – erbracht. Die Dienstleistungen für die anderen Gesellschaften erstrecken sich im Wesentlichen auf folgende Betriebsbereiche: Vertrieb, Vermögensanlagen, Vermögensverwaltung, Konzernrechnungswesen, Controlling, Rechtswesen, Revision, Kommunikation, Beitragseinzug, Personalverwaltung, allgemeine Verwaltung und Informationsverarbeitung. Die leistungsempfangenden Gesellschaften werden mit den Aufwendungen nach der Inanspruchnahme von Dienstleistungen belastet; sie haben hinsichtlich der ausgegliederten Betriebsbereiche Weisungs- und Kontrollrechte.

Darüber hinaus besteht zwischen den Gesellschaften der R+V Gruppe eine Vereinbarung über eine zentrale Gelddisposition und ein zentrales Finanzclearing.

Die Außendienstorganisation der R+V Lebensversicherung AG und der R+V Allgemeine Versicherung AG vermittelt Pensionsversicherungsverträge für die R+V Pensionskasse AG.

Beziehungen zu verbundenen Unternehmen

In dem nach § 312 AktG erstellten Bericht über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen hat der Vorstand erklärt, dass die Gesellschaft nach den Umständen, die ihm zu dem Zeitpunkt bekannt waren, in dem die im Bericht erwähnten Rechtsgeschäfte vorgenommen wurden, bei jedem Rechtsgeschäft eine angemessene Gegenleistung erhalten und dass sie andere berichtspflichtige Maßnahmen weder getroffen noch unterlassen hat.

Verbandszugehörigkeit

Die Gesellschaft ist Mitglied im Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e. V., Berlin.

Risiken der künftigen Entwicklung

Risikomanagementprozess

Das Risikomanagement der R+V Pensionskasse AG ist integraler Bestandteil der Unternehmenssteuerung. Es umfasst alle systematischen Maßnahmen, um Risiken zu erkennen, zu bewerten und zu beherrschen.

Ein über alle Gesellschaften der R+V Gruppe implementierter Risikomanagementprozess legt Regeln zum Umgang mit Risiken fest und ist Grundlage für ein zentrales Frühwarnsystem. Auf Basis verbindlich festgelegter Kennzahlen und Schwellenwerte erfolgt vierteljährlich eine aktualisierte Indexbewertung aller bedeutenden Risiken der R+V Gruppe in einer Datenbank. Bei Überschreitung eines bestimmten Indexwertes werden zwingend Maßnahmen eingeleitet und die Verantwortlichen für deren Durchführung benannt.

Durch die regelmäßig stattfindende Risikokonferenz und das zentrale Risikoberichtswesen an den Vorstand ist gewährleistet, dass Risiken der künftigen Entwicklung rechtzeitig identifiziert, beurteilt und kontrolliert werden. Bei existenzgefährdenden Veränderungen von Risiken sind in Ausnahmefällen Ad-hoc-Meldungen an das zuständige Vorstandsmitglied und den Leiter der Risikokonferenz vorgesehen.

Gegenstand der Betrachtung im Risikomanagementprozess sind versicherungstechnische Risiken, Risiken aus dem Ausfall von Forderungen aus dem Versicherungsgeschäft, Kapitalanlagerisiken, operationelle Risiken sowie globale und strategische Risiken.

Versicherungstechnische Risiken

Die versicherungstechnische Risikosituation der Pensionskassen ist maßgeblich geprägt durch die Langfristigkeit der Leistungsgarantien für den Versicherungsfall bei fest vereinbarten Beiträgen. Zur Sicherung der Erfüllbarkeit aller Leistungsverpflichtungen aus den Versicherungsverträgen werden Rückstellungen gebildet. Die Berechnung dieser Rückstellungen basiert auf Annahmen über die künftige Entwicklung der biometrischen Risiken (Sterblichkeit, Berufsunfähigkeit usw.), der Kapitalerträge und der Kosten. Die Gefahr, dass sich die Rechnungsgrundlagen im Laufe der Zeit verändern, wird bei der R+V Pensionskasse AG durch eine sorgfältige Produktentwicklung und aktuarielle Controlling-systeme beherrschbar gemacht. Der Verantwortliche Aktuar wacht darüber, dass die Rechnungsgrundlagen neben der gegenwärtigen Risikolage auch einem möglichen Änderungsrisiko standhalten. Hohe Einzelrisiken bei den Zusatzversicherungen sind bis auf einen angemessenen Selbstbehalt rückversichert.

Die R+V Pensionskasse AG verwendet für die Berechnung der versicherungstechnischen Rückstellung bei Pensionsversicherungen mit Versicherungsbeginn ab 2005 Tafeln, die auf der Rentensterbetafel DAV 2004 basieren. Diese ist aufsichtsrechtlich für Neuverträge als angemessen anzusehen.

Aufgrund der zu erwartenden längeren Lebenserwartung ist auch im bisherigen Pensionsversicherungsbestand eine zunehmende Verringerung der Sicherheitsmargen hinsichtlich der Sterblichkeit anzunehmen. Für alle Pensionsversicherungen sind daher gemäß der 2004 von der Deutschen Aktuarvereinigung (DAV) empfohlenen Sterbetafel für die Bewertung der Deckungsrückstellung für den übernommenen Bestand erstmalig zum 31. Dezember 2004 der Deckungsrückstellung zusätzliche Beträge zugeführt worden. Zudem ergab sich gemäß den Empfehlungen der DAV für den Bestand zum 31. Dezember 2006 für Pensionsversicherungen mit Beginn bis 2004 eine weitere Zuführung.

Neuere Erkenntnisse zur Sterblichkeitsentwicklung oder die von der DAV empfohlene Stärkung der Sicherheitsmargen können zu weiteren Zuführungen zur Deckungsrückstellung führen. Insgesamt kann durch diese Maßnahmen im Versicherungsbestand von einem stabilen Sicherheitsniveau ausgegangen werden.

Das Risiko, dass die zukünftigen Kapitalerträge den garantierten Zins auf die Rückstellungen unterschreiten, wird eingegrenzt durch den Erhalt von genügend freien Sicherungsmitteln, die in ungünstigen Kapitalmarktsituationen zur Verfügung stehen können. Mit Hilfe von Stress-Tests und Szenarioanalysen im Rahmen des Asset-Liability-Managements wird der notwendige Umfang von Sicherungsmitteln zur Wahrung der Solvabilität laufend überprüft. Insbesondere werden die Auswirkungen eines weiterhin niedrigen Zinsniveaus an den Kapitalmärkten systematisch geprüft. Zudem werden mittel- bis langfristig wirkende Maßnahmen zur Begrenzung der Garantien umgesetzt.

Die für 2007 deklarierte Überschussbeteiligung ist bereits festgelegt und gesichert. Die jährliche Festlegung der Überschussbeteiligung erfolgt so, dass mit der freien RfB und den Bewertungsreserven in den Kapitalanlagen unter Berücksichtigung der zu erwartenden laufenden Zinserträge noch genügend freie Mittel zur Absicherung des Zinsgarantierisikos zur Verfügung stehen.

Risiken aus dem Ausfall von Forderungen aus dem Versicherungsgeschäft

Uneinbringliche Forderungen gegenüber Versicherungsnehmern werden unmittelbar als Minderung der Beitragseinnahmen gebucht. Dem entsprechenden Ausfallrisiko wird durch eine angemessene Pauschalwertberichtigung Rechnung getragen, die nach den Erfahrungen aus der Vergangenheit des übernommenen Bestandes ausreichend bemessen ist. Dies gilt ebenso für das Ausfallrisiko auf Forderungen gegenüber Versicherungsvermittlern.

Abrechnungsforderungen aus dem Rückversicherungsgeschäft bestehen nicht.

Kapitalanlagerisiken

Bei der Erstellung des Produktes Versicherungsschutz sind Versicherungsunternehmen im Rahmen der Kapitalanlage Marktpreis-, Bonitäts- sowie Liquiditätsrisiken ausgesetzt, die zu einem dauerhaften Wertverlust der Kapitalanlagen führen und – in letzter Konsequenz – die Erfüllbarkeit der Versicherungsverträge gefährden können. Insoweit hat das Kapitalanlagerisiko immer den Charakter eines Asset-Liability-Risikos. Die R+V Pensionskasse AG begegnet diesen Risiken durch eine konsequente Umsetzung der gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Bestimmungen. Dabei folgt die Vermögensanlage der generellen Leitlinie einer möglichst großen Sicherheit und Rentabilität bei Gewährleistung der jederzeitigen Liquidität des Versicherungsunternehmens. Durch Wahrung einer angemessenen Mischung und Streuung der Kapitalanlagen ist die Anlagepolitik dem Ziel der Risikominimierung in besonderem Maße verpflichtet.

Die Einhaltung der Anlageverordnung sowie der aufsichtsrechtlichen Anlagegrundsätze und Regelungen wird bei der R+V Pensionskasse AG durch ein qualifiziertes Anlagemanagement, geeignete interne Kapitalanlagerichtlinien und Kontrollverfahren, eine perspektivische Anlagepolitik sowie sonstige organisatorische Maßnahmen sichergestellt.

Derivative Finanzinstrumente, Strukturierte Produkte oder Asset Backed Securities werden ausschließlich nach den aufsichtsrechtlichen Bestimmungen eingesetzt. Ihre Behandlung ist in innerbetrieblichen Richtlinien explizit geregelt. Darin enthalten sind insbesondere Volumen- und Kontrahentenlimite.

Durch ein umfangreiches und zeitnahes Berichtswesen werden bei der R+V Pensionskasse AG die verschiedenen Risiken regelmäßig überwacht und transparent dargestellt. Die Auswirkungen ungünstiger Marktbewegungen auf das Kapitalanlageportfolio werden mittels Standard- und Worst-Case-Szenarien simuliert.

Zusätzlich sind jährlich von der BaFin vorgeschriebene Stress-Tests durchzuführen. Damit wird überprüft, ob das Versicherungsunternehmen trotz einer eintretenden, anhaltenden Krisensituation auf dem Kapitalmarkt in der Lage ist, die gegenüber den Versicherungsnehmern eingegangenen Verpflichtungen zu erfüllen.

Unter Fortschreibung der Kapitalmarktsituation vom Jahresende 2006 auf den 31. Dezember 2007 und Beibehaltung der in 2006 angewandten Methoden zur Ermittlung von dauerhaften Wertminderungen wird das Ergebnis aus Kapitalanlagen erneut einen positiven Beitrag zum Jahresergebnis leisten.

Auf organisatorischer Ebene begegnet die R+V Pensionskasse AG Anlagerisiken durch eine strikte funktionale Trennung von Handel, Abwicklung und Controlling.

Die Risiken aus Kapitalanlagen umfassen im Einzelnen:

- das Marktpreisrisiko: das Risiko, aufgrund von nachteiligen Veränderungen von Marktpreisen oder preisbeeinflussenden Faktoren wie Zins-, Aktienkurs- oder Wechselkursveränderungen Verluste zu erleiden.
- das Bonitätsrisiko: das Risiko, aufgrund des Ausfalls eines Emittenten oder Kontrahenten Verluste zu erleiden beziehungsweise Gewinne nicht realisieren zu können.
- das Liquiditätsrisiko: das Risiko, aufgrund von nicht zeitgerechten Liquiditätszu- und -abflüssen den Zahlungsverpflichtungen – insbesondere aus Versicherungsverträgen – nicht jederzeit nachkommen zu können.

Marktpreisrisiko

Zur Messung möglicher Marktpreisrisiken in den Kapitalanlagen der R+V Pensionskasse AG wurden Szenarioanalysen unter folgenden Prämissen durchgeführt: Für direkt und über Fonds gehaltene Aktien wurde die Auswirkung eines 20-prozentigen Kursrückgangs auf den Zeitwert dieser Position simuliert.

Für festverzinsliche Wertpapiere, Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen sowie für Namensschuldverschreibungen, Schuldscheinforderungen und Darlehen wurden die Auswirkungen einer Verschiebung der Zinskurve um einen Prozentpunkt nach oben oder nach unten auf den Zeitwert dieser Wertpapiere und Ausleihungen ermittelt.

Darüber hinaus wird für den Bestand aller zinstragenden Anlagen regelmäßig eine Durationsanalyse durchgeführt.

Fremdwährungspositionen werden im Wesentlichen zur Beimischung im Rahmen des aktiven Portfoliomanagements in Aktien und Rententiteln gehalten. Die daraus resultierenden Wechselkursrisiken unterliegen im Rahmen der Risikomodelle der ständigen Beobachtung.

Bonitätsrisiko

Das Anlageverhalten ist darauf ausgerichtet, Risikokonzentration im Portfolio zu vermeiden und durch eine weitgehende Diversifikation der Anlagen zur Minimierung der Risiken beizutragen. Darüber hinaus handelt es sich bei einem Großteil der festverzinslichen Wertpapiere und Ausleihungen um Emissionen, die von der öffentlichen Hand, öffentlich-rechtlichen Instituten oder Banken mit hervorragendem Rating ausgegeben wurden, zum Beispiel Bundesanleihen oder Pfandbriefe.

Mehr als 99 % dieser Anlagen in festverzinslichen Wertpapieren weisen ein Standard & Poor's-Rating gleich oder besser „A“, mehr als 85 % eines gleich oder besser als „AA“ auf.

Liquiditätsrisiko

Die Liquiditätsrisiken der R+V Pensionskasse AG werden zentral gesteuert. In diese Steuerung sind sämtliche Zahlungsströme aus dem versicherungstechnischen Geschäft, den Kapitalanlagen sowie der allgemeinen Verwaltung einbezogen.

Operationelle Risiken

Operationelle Risiken sind Risiken aus dem allgemeinen Geschäftsbetrieb. Sie entstehen durch menschliches Verhalten, technologisches Versagen, Prozess- oder Projektmanagementschwächen oder durch externe Einflüsse.

Das interne Kontrollsystem

Das wesentliche Instrument der R+V Gruppe zur Begrenzung der operationellen Risiken stellt das interne Kontrollsystem dar. Durch Regelungen und Kontrollen in den Fachbereichen und durch die Überprüfung der Anwendung und Wirksamkeit der internen Kontrollsysteme durch die Konzernrevision wird dem Risiko von Fehlentwicklungen und dolosen Handlungen in der Verwaltung vorgebeugt. Zahlungsströme und Verpflichtungserklärungen werden weitestgehend maschinell unterstützt. Im Benutzerprofil hinterlegte Vollmachten und Berechtigungsregelungen sowie maschinelle Vorlagen zur Freigabe aufgrund des hinterlegten Zufallsgenerators geben zusätzliche Sicherheit. Manuelle Bearbeitungen werden grundsätzlich nach dem Vier-Augen-Prinzip freigegeben.

Die interne Überwachung der Regelungen zum Risikomanagementsystem insbesondere hinsichtlich ihrer Wirksamkeit wird durch die Konzernrevision geprüft. Die Umsetzung der hieraus abgeleiteten Maßnahmen wird durch die Konzernrevision im Rahmen des Follow-up nachgehalten.

Risikomanagement im Vertriebsbereich

Den Vertriebsrisiken begegnet die R+V Gruppe mit intensiven Schulungen des Außendienstes und einem Bündel von analysierenden und qualitätssichernden Maßnahmen, wozu insbesondere geeignete Annahmerichtlinien gehören.

Die Vertriebsorganisation wird entsprechend den geänderten Anforderungen im Markt für Vorsorge und Versicherung ständig funktional und personell weiterentwickelt und qualifiziert.

Die vertrieblichen Risiken werden anhand von Frühwarnindikatoren, die insbesondere die Veränderungen im Markt und Wettbewerb anzeigen, laufend und systematisch beobachtet; gegebenenfalls werden hieraus frühzeitig geeignete Maßnahmen zur Abwehr beziehungsweise Vermeidung dieser Risiken ergriffen.

Der Risikomanagementprozess umfasst die gesamte Vertriebsstruktur, das heißt sowohl die zentralen als auch die dezentralen Organisationseinheiten.

Am 22. Dezember 2006 wurde das Gesetz zur Neuregelung des Versicherungsvermittlerrechts verkündet, das am 22. Mai 2007 in Kraft treten wird. R+V hat sich auf dieses Gesetz frühzeitig vorbereitet und die entsprechenden Veränderungen in Geschäftsprozessen, wie beispielsweise die Einführung von Beratungsprotokollen im Verkauf, bereits heute schon umgesetzt. Aktivitäten für die anstehende Registrierung der Vermittler in dem gesetzlich vorgesehenen Vermittlerregister wurden begonnen.

Risikomanagement im IT-Bereich

Durch die enge Verzahnung von Geschäftsprozessen und IT-Abläufen ist es erforderlich, die IT-Unterstützung flexibel und anpassungsfähig an sich ändernde Rahmenbedingungen aufzustellen. Dies wird durch eine prozess- und serviceorientierte Ausrichtung der IT-Organisation erreicht.

Im IT-Bereich gewährleisten umfassende physische und logische Schutzvorkehrungen die Sicherheit von Daten und Anwendungen sowie die Aufrechterhaltung des laufenden Betriebes. Eine besondere Gefahr wäre der teilweise oder totale Ausfall von Datenverarbeitungssystemen. Die R+V Gruppe hat hier durch zwei getrennte Rechenzentrumsstandorte mit Daten- und Systemspiegelung, besonderer Zutrittssicherung, sensiblen Brandschutzvorkehrungen und abgesicherter Stromversorgung über Notstromaggregate Vorsorge getroffen. Ein definiertes Wiederanlaufverfahren für den Katastrophenfall wird durch turnusmäßige Übungen auf seine Wirksamkeit überprüft. Datensicherungen erfolgen in unterschiedlichen R+V-Gebäuden mit hochabgesicherten Räumen. Die Telekommunikationsinfrastruktur ist sowohl intern in den Gebäuden als auch für den Zugriff zum externen Netz hochredundant ausgelegt.

Die IT-Sicherheitsstrategie wird kontinuierlich überprüft und an die aktuelle Bedrohungslage angepasst. Ebenso wird die Gültigkeit der IT-Sicherheitsprinzipien regelmäßig auditiert. Im Rahmen eines unabhängigen Audits wurde der R+V ein hohes IT-Sicherheitsniveau hinsichtlich externer Einflussfaktoren attestiert.

Die Qualitätssicherung der IT-Services erfolgt durch etablierte Prozesse unter Verwendung von Best Practices. Alle servicerelevanten Ereignisse werden erfasst und entsprechend ihrer Klassifizierung verfolgt. In einer täglich stattfindenden Konferenz werden die aktuellen Themen behandelt und der Bearbeitung zugeordnet. Im monatlich stattfindenden Service-Control-Meeting werden unter Beteiligung aller IT-Bereichsleiter bei Überschreitung festgelegter Schwellenwerte in Bezug auf Systemverfügbarkeiten und -antwortzeiten Problemschwerpunkte eskaliert, Gegenmaßnahmen abgestimmt und verfolgt sowie Konzepte zur pro-aktiven Störungsvermeidung erarbeitet und umgesetzt.

Risikobeurteilung bei großen Projekten und Investitionen

Für die Planung und Durchführung von Projekten und Investitionen hat die R+V Gruppe verbindliche Vorgaben festgelegt. Die größeren Projekte und Investitionen werden je nach Themenschwerpunkt regelmäßig in der Investitions-, Produktkommission oder in dem Finanzausschuss beurteilt. Besonderes Augenmerk wird dabei auf Ergebnisse, Probleme und (Gegen-) Maßnahmen sowie Budgeteinhaltung gelegt. Erforderliche Kurskorrekturen werden sofort eingeleitet. Darüber hinaus erfolgt die Abstimmung mit der Risikokonferenz der R+V.

Externe Einflüsse

Veränderungen in den gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Rahmenbedingungen unterliegen einer ständigen Beobachtung, um rechtzeitig auf Chancen und Risiken reagieren zu können.

Von besonderer Bedeutung für die Lebensversicherer sowie die nach Art der Lebensversicherung betriebenen Pensionskassen und ihr Geschäftsmodell ist der in 2006 veröffentlichte Gesetzentwurf der Bundesregierung zur VVG-Reform.

Die Ziele der Reform sind die Modernisierung des Rechts, eine Erhöhung der Transparenz und die Verbesserung des Verbraucherschutzes. R+V begrüßt diese Ziele ausdrücklich, sieht allerdings im Falle der Umsetzung in der derzeit vorliegenden Form erhebliche Risiken für die Versicherungsunternehmen.

Die Rückwirkung der neuen Rückkaufwertregelungen auf bestehende Verträge greift zum Nachteil des verbleibenden Bestandes in die Kalkulationsbasis des Kollektivs ein. Zudem entstünden den Unternehmen erhebliche Zusatzkosten durch den zusätzlichen Bedarf an Kapital, Personal und EDV. Es bestehen allerdings positive Anzeichen, dass im weiteren Gesetzgebungsverfahren diese rückwirkende Regelung entfällt.

Die vorgesehene starre Form der Beteiligung der Versicherungsnehmer an den Bewertungsreserven – insbesondere die Einbeziehung von Bewertungsreserven aus festverzinslichen Anlagen – kann bei gewissen Kapitalmarktentwicklungen zu Einschränkungen der Risikotragfähigkeit der Unternehmen führen.

Unpräzise Formulierungen insbesondere hinsichtlich der Neuregelungen bezüglich der Rückkaufswerte und der Überschussbeteiligung erschweren eine zweifelsfreie Auslegung des Gesetzes und bergen damit das Risiko, dass dies in gerichtlichen Verfahren, deren Ausgang offen ist, nachgeholt wird.

Die vorgesehenen Restriktionen hinsichtlich der vorvertraglichen Anzeigepflicht führen zu einem Informationsungleichgewicht zwischen Versicherer und Versicherungsnehmer und gefährden damit das zugrundeliegende Versicherungsprinzip.

Der GDV wird darauf hinarbeiten, dass der vorliegende Gesetzentwurf im weiteren Gesetzgebungsverfahren an den für die Branche und die Versicherten mit hohen Risiken verbundenen Punkten modifiziert wird. R+V wird sich dabei auch weiterhin an der fachlichen Diskussion beteiligen. Die tatsächlichen Auswirkungen auf die deutschen Versicherungsunternehmen werden somit erst nach der Verabschiedung feststehen.

Die R+V Pensionskasse AG ist auf alle derzeit in Betracht kommenden Szenarien gut vorbereitet und wird daher die Herausforderungen der VVG-Reform bewältigen und die sich daraus ergebenden Chancen nutzen.

Solvency II

Die EU-Kommission arbeitet seit einigen Jahren intensiv an einem neuen Aufsichtsmodell für Versicherungen mit dem Arbeitstitel Solvency II. Zentraler Ausgangspunkt ist eine ganzheitliche Beurteilung und Steuerung der Risiken und der Kapitalausstattung eines Versicherungsunternehmens. R+V ist durch interne Projekte und Arbeitskreise sowie durch die Mitarbeit in Arbeitsgruppen des GDV und der BaFin auf die künftigen Herausforderungen eingestellt und schafft somit die Grundlage einer erfolgreichen Umsetzung der mit Solvency II einhergehenden Anforderungen.

Zusammenfassende Darstellung der Risikolage

Die Solvabilitätsanforderungen für 2006 wurden von der R+V Pensionskasse AG deutlich übererfüllt.

Die hier skizzierten Instrumente und Analysemethoden zeigen, dass der R+V Pensionskasse AG ein umfassendes System zur Verfügung steht, das im Sinne eines effizienten Risikomanagements den Erfordernissen der Identifikation und Bewertung von Risiken gerecht wird. Hieraus sind zurzeit keine Entwicklungen erkennbar, die die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft nachhaltig und wesentlich beeinträchtigen könnten.

Dank

Am geschäftlichen Erfolg der R+V Pensionskasse AG hatten die Geschäftspartner im genossenschaftlichen Verbund, die verbundenen Berufsstände und die selbstständigen Agenturen großen Anteil. Ihnen spricht der Vorstand seinen Dank aus.

Den Versicherungsnehmern danken wir ganz besonders für das entgegengebrachte Vertrauen.

Vorgänge von besonderer Bedeutung und Ausblick

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres sind nicht zu verzeichnen.

Zukunftsmarkt betriebliche Altersversorgung

Im Bereich der betrieblichen Altersversorgung rechnet R+V mit einem weiteren Anstieg des Geschäfts. Bei der R+V Pensionskasse AG treffen marktgerechte Produkte auf hohe Beratungskompetenz und gute Vertriebskraft. In Kombination mit der engen Zusammenarbeit mit den genossenschaftlichen Primärbanken führt dies zu guten Wachstumschancen. Für das Jahr 2007 erwartet die R+V Pensionskasse AG ein zufrieden stellendes Ergebnis.

Wiesbaden, 2. März 2007

Der Vorstand

A. Bewegung des Bestandes an Pensionsversicherungen (ohne Zusatzversicherungen)

	Anwärter		
	Männer	Frauen	
	Anzahl	Anzahl	
I. Bestand am Anfang des Geschäftsjahrs			
1. Bestand am 31. 12. des Vorjahrs	–	–	
2. Zum 1. 1. des Geschäftsjahrs übernommener Bestand	42.665	27.987	
3. Bestand am 1. 1. des Geschäftsjahrs	42.665	27.987	
II. Zugang während des Geschäftsjahrs:			
1. Neuzugang an Anwärtern, Zugang an Rentnern	6.726	4.477	
2. Sonstiger Zugang	15	2	
3. Gesamter Zugang	6.741	4.479	
III. Abgang während des Geschäftsjahrs:			
1. Tod	48	8	
2. Beginn der Altersrente	15	4	
3. Berufs- oder Erwerbsunfähigkeit (Invalidität)	1	–	
4. Reaktivierung, Wiederheirat, Ablauf	45	9	
5. Ausscheiden unter Zahlung von Rückkaufswerten, Rückgewährbeträgen und Austrittsvergütungen	484	298	
6. Ausscheiden ohne Zahlung von Rückkaufswerten, Rückgewährbeträgen und Austrittsvergütungen	210	100	
7. Sonstiger Abgang	59	34	
8. Gesamter Abgang	862	453	
IV. Bestand am Ende des Geschäftsjahrs	48.544	32.013	
Davon			
1. Beitragsfreie Anwartschaften	1.633	1.208	
2. In Rückdeckung gegeben	–	–	

B. Bestand an Zusatzversicherungen

	Sonstige	
	Zusatzversicherungen	
	Anzahl der	Summe der
	Versicherungs-	Jahresrenten
	verträge	€
1. Am 31. 12. des Vorjahrs	–	–
2. Zum 1. 1. des Geschäftsjahrs übernommener Bestand	6.608	12.614.792
3. Bestand am 1. 1. des Geschäftsjahrs	6.608	12.614.792
4. Bestand am Ende des Geschäftsjahrs	7.319	13.562.248
Davon in Rückdeckung gegeben	58	12.523

Invaliden- und Altersrenten			Hinterbliebenenrenten						
Männer	Frauen	Summe der	Witwen	Witwer	Waisen	Summe der Jahresrenten			
Anzahl	Anzahl	Jahresrenten	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Witwen	Witwer	Waisen	
		€				€	€	€	
–	–	–	–	–	–	–	–	–	
11	–	4.938	–	–	1	–	515	139	
11	–	4.938	–	–	1	–	515	139	
15	4	8.938	–	–	–	–	–	90	
–	–	92	–	–	–	–	–	–	
15	4	9.030	–	–	–	–	–	90	
–	–	–	–	–	–	–	–	–	
–	–	–	–	–	–	–	–	–	
–	–	–	–	–	–	–	–	–	
–	–	–	–	–	–	–	–	–	
–	–	–	–	–	–	–	–	–	
–	–	109	–	–	–	–	–	–	
–	–	109	–	–	–	–	–	–	
26	4	13.859	–	–	1	–	515	229	
–	–	–	–	–	–	–	–	–	
–	–	–	–	–	–	–	–	–	

Jahresabschluss 2006

Bilanz zum 31. 12. 2006*

Aktiva

	€	€	€	2006 €	2005 €
A. Ausstehende Einlagen auf das gezeichnete Kapital				—,—	—,—
Davon eingefordert: – € (– €)					
B. Immaterielle Vermögensgegenstände					
I. Aufwendungen für die Ingangsetzung und Erweiterung des Geschäftsbetriebs			—,—		—,—
II. Geschäfts- oder Firmenwert			—,—		—,—
III. Sonstige immaterielle Vermögensgegenstände			9.035.535,—		—,—
				9.035.535,—	—,—
C. Kapitalanlagen					
I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken			—,—		—,—
II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen					
1. Anteile an verbundenen Unternehmen		—,—			—,—
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	7.500.000,—				3.000.000,—
3. Beteiligungen		—,—			—,—
4. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht		—,—	7.500.000,—		—,—
III. Sonstige Kapitalanlagen					
1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere		5.746.956,69			—,—
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere		28.823.976,45			995.460,—
3. Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen		—,—			—,—
4. Sonstige Ausleihungen					
a) Namensschuldverschreibungen	62.400.000,—				7.000.000,—
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	95.764.594,08				2.000.000,—
c) Darlehen und Vorauszahlungen auf Versicherungsscheine		—,—			—,—
d) Übrige Ausleihungen		—,—	158.164.594,08		—,—
5. Einlagen bei Kreditinstituten		—,—			—,—
6. Andere Kapitalanlagen		—,—	192.735.527,22		—,—
IV. Depotforderungen aus dem in Rückdeckung übernommenen Versicherungsgeschäft			—,—		—,—
				200.235.527,22	12.995.460,—
D. Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Inhabern von Lebensversicherungspolicen				3.350.124,28	—,—

* Bei Davon-Vermerken Vorjahreszahlen in Klammern.

				2006	2005
	€	€	€	€	€
E. Forderungen					
I. Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an:					
1. Versicherungsnehmer					
a) Fällige Ansprüche	1.278.198,71				—,—
b) Noch nicht fällige Ansprüche	4.715.769,—	5.993.967,71			—,—
2. Versicherungsvermittler		3.997.413,42			—,—
Davon an:					
verbundene Unternehmen					
– €	(– €)				
3. Mitglieds- und Trägerunternehmen		—,—	9.991.381,13		—,—
II. Abrechnungsforderungen aus dem Rückversicherungsgeschäft			—,—		—,—
Davon an:					
verbundene Unternehmen					
– €	(– €)				
III. Sonstige Forderungen			251.786,64		98.086,37
Davon an:					
verbundene Unternehmen					
50.411 €	(– €)				
				10.243.167,77	98.086,37
F. Sonstige Vermögensgegenstände					
I. Sachanlagen und Vorräte			—,—		—,—
II. Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand			221.894,46		184.921,10
III. Eigene Anteile			—,—		—,—
Nennwert bzw. rechnerischer Wert:					
– €	(– €)				
IV. Andere Vermögensgegenstände			8.117,64		—,—
				230.012,10	184.921,10
G. Voraussichtliche Steuerentlastung nachfolgender Geschäftsjahre gemäß § 274 Abs. 2 HGB				—,—	—,—
H. Rechnungsabgrenzungsposten					
I. Abgegrenzte Zinsen und Mieten			4.983.292,—		160.312,30
II. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten			12.043.630,79		—,—
				17.026.922,79	160.312,30
I. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag				—,—	—,—
Summe Aktiva				240.121.289,16	13.438.779,77

Es wird bestätigt, dass die in der Bilanz unter den Posten E. II. und F. I. der Passiva eingestellte Deckungsrückstellung unter Beachtung des § 341 f HGB sowie der auf Grund des § 65 Abs. 1 VAG erlassenen Rechtsverordnung berechnet worden ist; Altbestand im Sinne des § 11 c in Verbindung mit § 156a Abs. 3 Satz 3 VAG (in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. Dezember 1992 [BGBl. 1993 I S. 2], zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 22. Mai 2005 [BGBl. I S. 1373]) ist nicht vorhanden.

Wiesbaden, 30. Januar 2007

Sprenger
Verantwortlicher Aktuar

Ich bescheinige gemäß § 73 VAG, dass das Sicherungsvermögen vorschriftsmäßig angelegt und aufbewahrt ist.

Wiesbaden, 1. März 2007

Schottler
Treuhandler

Passiva

			2006	2005
	€	€	€	€
A. Eigenkapital				
I. Gezeichnetes Kapital		10.100.000,—		10.000.000,—
II. Kapitalrücklage		12.345.364,90		2.345.364,90
Davon Rücklage gemäß § 5 Abs. 5 Nr. 3 VAG:				
	2.345.365 €	(2.345.365 €)		
III. Gewinnrücklagen				
1. Gesetzliche Rücklage		—,—		—,—
2. Rücklage für eigene Anteile		—,—		—,—
3. Satzungsmäßige Rücklagen		—,—		—,—
4. Rücklage gemäß § 58 Abs. 2a AktG		—,—		—,—
5. Andere Gewinnrücklagen		—,—	—,—	—,—
IV. Bilanzgewinn			—,—	—,—
Davon Gewinnvortrag:	— €	(— €)		
			22.445.364,90	12.345.364,90
B. Genussrechtskapital			—,—	—,—
C. Nachrangige Verbindlichkeiten			5.000.000,—	—,—
D. Sonderposten mit Rücklageanteil			—,—	—,—
E. Versicherungstechnische Rückstellungen				
I. Beitragsüberträge				
1. Bruttobetrag		9.902.140,—		—,—
2. Davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft		—,—	9.902.140,—	—,—
II. Deckungsrückstellung				
1. Bruttobetrag		187.119.501,—		—,—
2. Davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft		—,—	187.119.501,—	—,—
III. Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle				
1. Bruttobetrag		190.885,49		—,—
2. Davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft		—,—	190.885,49	—,—
IV. Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung				
1. Bruttobetrag		4.933.827,50		—,—
2. Davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft		—,—	4.933.827,50	—,—
V. Schwankungsrückstellung und ähnliche Rückstellungen			—,—	—,—
VI. Sonstige versicherungstechnische Rückstellungen				
1. Bruttobetrag		—,—		—,—
2. Davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft		—,—	—,—	—,—
			202.146.353,99	—,—

			2006	2005
	€	€	€	€
F. Versicherungstechnische Rückstellungen im Bereich der Lebensversicherung, soweit das Anlagerisiko von den Versicherungsnehmern getragen wird				
I. Deckungsrückstellung				
1. Bruttobetrag	3.350.124,28			—,—
2. Davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	—,—	3.350.124,28		—,—
II. Übrige versicherungstechnische Rückstellungen				
1. Bruttobetrag	—,—			—,—
2. Davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	—,—	—,—		—,—
			3.350.124,28	—,—
G. Andere Rückstellungen				
I. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		—,—		—,—
II. Steuerrückstellungen		—,—		—,—
III. Voraussichtliche Steuerbelastung nachfolgender Geschäftsjahre gemäß § 274 Abs. 1 HGB		—,—		—,—
IV. Sonstige Rückstellungen		55.500,—		8.000,—
			55.500,—	8.000,—
H. Depotverbindlichkeiten aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft				
			—,—	—,—
I. Andere Verbindlichkeiten				
I. Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft gegenüber:				
1. Versicherungsnehmern	1.596.924,45			—,—
2. Versicherungsvermittlern	301.564,22			—,—
Davon gegenüber:				
verbundenen Unternehmen	— €	(— €)		
3. Mitglieds- und Trägerunternehmen	—,—	1.898.488,67		—,—
II. Abrechnungsverbindlichkeiten aus dem Rückversicherungsgeschäft		1.603,38		—,—
Davon gegenüber:				
verbundenen Unternehmen	1.603 €	(— €)		
III. Anleihen		—,—		—,—
Davon konvertibel:	— €	(— €)		
IV. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		—,—		—,—
Davon gegenüber:				
verbundenen Unternehmen	— €	(— €)		
V. Sonstige Verbindlichkeiten		5.078.907,58		1.057.159,56
Davon:				
aus Steuern	— €	(— €)		
im Rahmen der sozialen Sicherheit	— €	(— €)		
gegenüber:				
verbundenen Unternehmen	4.529.647 €	(— €)		
Beteiligungsunternehmen	— €	(— €)		
			6.978.999,63	1.057.159,56
K. Rechnungsabgrenzungsposten				
			144.946,36	28.255,31
Summe Passiva			240.121.289,16	13.438.779,77

Gewinn-und-Verlust-Rechnung*

vom 1. 1. bis 31. 12. 2006

	€	€	2006 €	2005 €
I. Versicherungstechnische Rechnung				
1. Verdiente Beiträge für eigene Rechnung				
a) Gebuchte Bruttobeiträge	95.236.476,18			—,—
b) Abgegebene Rückversicherungsbeiträge	3.357,20	95.233.118,98		—,—
c) Veränderung der Bruttobeitragsüberträge	-494.967,—			—,—
d) Veränderung des Anteils der Rückversicherer an den Bruttobeitragsüberträgen	—,—	-494.967,—		—,—
			94.738.151,98	—,—
2. Beiträge aus der Brutto-Rückstellung für Beitragsrückerstattung			766.215,—	—,—
3. Erträge aus Kapitalanlagen				
a) Erträge aus Beteiligungen		—,—		—,—
Davon:				
aus verbundenen Unternehmen	— €	(— €)		
b) Erträge aus anderen Kapitalanlagen				
Davon:				
aus verbundenen Unternehmen	464.188 €	(175.722 €)		
aa) Erträge aus Grundstücken, grundstücksgleichen Rechten und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	—,—			—,—
bb) Erträge aus anderen Kapitalanlagen	6.391.644,35	6.391.644,35		361.383,19
c) Erträge aus Zuschreibungen		—,—		—,—
d) Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen		1.654,26		—,—
e) Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- und Teilgewinnabführungsverträgen		—,—		—,—
f) Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens mit Rücklageanteil		—,—		—,—
			6.393.298,61	361.383,19
4. Nicht realisierte Gewinne aus Kapitalanlagen			75.358,28	—,—
5. Sonstige versicherungstechnische Erträge für eigene Rechnung			231.417,88	—,—
6. Aufwendungen für Versicherungsfälle für eigene Rechnung				
a) Zahlungen für Versicherungsfälle				
aa) Bruttobetrag	1.757.093,12			—,—
bb) Anteil der Rückversicherer	—,—	1.757.093,12		—,—
b) Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle				
aa) Bruttobetrag	112.244,74			—,—
bb) Anteil der Rückversicherer	—,—	112.244,74		—,—
			1.869.337,86	—,—

* Bei Davon-Vermerken Vorjahreszahlen in Klammern.

			2006	2005
	€	€	€	€
7. Veränderung der übrigen versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen				
a) Deckungsrückstellung				
aa) Bruttobetrag	79.582.821,06			—,—
bb) Anteil der Rückversicherer	—,—	79.582.821,06		—,—
b) Sonstige versicherungstechnische Netto-Rückstellungen		—,—		—,—
			79.582.821,06	—,—
8. Aufwendungen für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattungen für eigene Rechnung			2.358.513,20	—,—
9. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb für eigene Rechnung				
a) Abschlussaufwendungen	11.667.816,72			—,—
b) Verwaltungsaufwendungen	1.848.207,12	13.516.023,84		—,—
c) Davon ab:				
Erhaltene Provisionen und Gewinnbeteiligungen aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft		1.790,41		—,—
			13.514.233,43	—,—
10. Aufwendungen für Kapitalanlagen				
a) Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen, Zinsaufwendungen und sonstige Aufwendungen für die Kapitalanlagen		37.198,67		20.658,52
b) Abschreibungen auf Kapitalanlagen		266.370,—		—,—
c) Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen		0,03		—,—
d) Aufwendungen aus Verlustübernahme		—,—		—,—
e) Einstellungen in den Sonderposten mit Rücklageanteil		—,—		—,—
			303.568,70	20.658,52
11. Nicht realisierte Verluste aus Kapitalanlagen			12,94	—,—
12. Sonstige versicherungstechnische Aufwendungen für eigene Rechnung			3.303.182,18	—,—
13. Versicherungstechnisches Ergebnis für eigene Rechnung			1.272.772,38	340.724,67

			2006	2005
	€	€	€	€
II. Nichtversicherungstechnische Rechnung				
1. Sonstige Erträge		94.932,22		112.057,53
2. Sonstige Aufwendungen		1.367.704,60		50.257,74
3. Nichtversicherungstechnisches Ergebnis			-1.272.772,38	61.799,79
4. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit			—,—	402.524,46
5. Außerordentliche Erträge		—,—		—,—
6. Außerordentliche Aufwendungen		—,—		8.057.159,56
7. Außerordentliches Ergebnis			—,—	-8.057.159,56
8. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag			—,—	—,—
Davon:				
Organschaftsumlage	- €	(- €)		
9. Sonstige Steuern			—,—	—,—
Davon:				
Organschaftsumlage	- €	(- €)		
			—,—	—,—
10. Erträge aus Verlustübernahme			—,—	—,—
11. Auf Grund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinnabführungs- oder eines Teilgewinnabführungsvertrages abgeführte Gewinne			—,—	—,—
			—,—	—,—
12. Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag			—,—	-7.654.635,10
13. Gewinnvortrag/Verlustvortrag aus dem Vorjahr			—,—	—,—
14. Entnahmen aus der Kapitalrücklage			—,—	7.654.635,10
Davon Entnahmen aus der Rücklage gemäß § 5 Abs. 5 Nr. 3 VAG:	- €	(7.654.635 €)		
15. Entnahmen aus Gewinnrücklagen				
a) aus der gesetzlichen Rücklage			—,—	—,—
b) aus der Rücklage für eigene Anteile			—,—	—,—
c) aus satzungsmäßigen Rücklagen			—,—	—,—
d) aus anderen Gewinnrücklagen			—,—	—,—
			—,—	—,—
16. Entnahmen aus Genusssrechtskapital			—,—	—,—
17. Einstellungen in Gewinnrücklagen				
a) in die gesetzliche Rücklage			—,—	—,—
b) in die Rücklage für eigene Anteile			—,—	—,—
c) in satzungsmäßige Rücklagen			—,—	—,—
d) in andere Gewinnrücklagen			—,—	—,—
			—,—	—,—
18. Wiederauffüllung des Genusssrechtskapitals			—,—	—,—
19. Bilanzgewinn / Bilanzverlust			—,—	—,—

Anhang

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die Bewertung der **immateriellen Vermögensgegenstände** erfolgte zu Anschaffungskosten, die linear innerhalb der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer abgeschrieben werden. Die Zugänge und Abgänge des Geschäftsjahres wurden zeitanteilig abgeschrieben.

Ausleihungen an verbundene Unternehmen wurden entsprechend ihrer Zugehörigkeit wie **sonstige Ausleihungen** mit dem Rückzahlungsbetrag angesetzt.

Investmentanteile, andere nicht festverzinsliche Wertpapiere sowie **Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere** wurden nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet.

Investmentanteile, die gemäß § 341 b Abs. 2 Satz 1 HGB dem Anlagevermögen zugeordnet sind, wurden zum 31. Dezember 2006 mit ihrem aktuellen Marktwert bewertet, maximal jedoch mit dem Anschaffungskurs.

Soweit Gründe für eine in der Vergangenheit getätigte Abschreibung nicht mehr bestehen, wurden gemäß § 280 Abs. 1 HGB Zuschreibungen auf den Börsenwert bis maximal zum Anschaffungswert vorgenommen.

Sonstige Ausleihungen wurden mit dem Rückzahlungsbetrag angesetzt.

Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Inhabern von Lebensversicherungspolicen wurden mit ihrem Zeitwert bilanziert.

Agio und **Disagio** wurden durch aktive und passive Rechnungsabgrenzungsposten auf die individuelle Laufzeit der jeweiligen Anlage zeitanteilig verteilt. Hierbei handelt es sich um die Abgrenzungen auf Namensschuldverschreibungen und Schuldscheindarlehen.

Strukturierte Produkte wurden in ihre einzelnen Bestandteile zerlegt und mittels anerkannter finanzmathematischer Methoden auf Basis der Modelle von Black – Scholes und Hull – White bewertet.

Die **Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft** wurden zum Nennwert angesetzt und um Pauschalwertberichtigungen, die anhand der Stornoquote der Vergangenheit des übernommenen Bestandes errechnet wurden, vermindert. Bei der Berechnung der Pauschalwertberichtigung zu noch nicht fälligen Ansprüchen wurde der ermittelte Betrag noch um Provisionsrückforderungen gekürzt.

Der Ansatz aller anderen **Forderungen** erfolgte mit dem Nennwert.

Die **Beitragsüberträge** wurden unter Berücksichtigung der Beginnstermine jeder einzelnen Versicherung ermittelt. Das Schreiben des Bundesministers der Finanzen vom 30. April 1974 wurde beachtet. Für die Beteiligungsverträge sind die anteiligen Beitragsüberträge von dem federführenden Unternehmen berechnet worden.

Die **Deckungsrückstellung** wurde gemäß den Grundsätzen, die der BaFin nach § 13 d Nr. 6 VAG dargelegt wurden, grundsätzlich einzelvertraglich unter Berücksichtigung der Beginnstermine ermittelt. Dabei kam die prospektive Methode zur Anwendung. Zur Anpassung an die sich verändernden biometrischen Rechnungsgrundlagen wird die Deckungsrückstellung für die 2002 bis 2004 abgeschlossenen Verträge gemäß dem von der Deutschen Aktuarvereinigung (DAV) entwickelten Verfahren mit der Tafel DAV 2004 R-Bestand¹⁾ gerechnet. Dabei kamen unternehmensindividuelle Storno- und Kapitalabfindungswahrscheinlichkeiten zur Anwendung, die die Verhältnisse in der betrieblichen Altersversorgung berücksichtigen. Nicht zur Kostendeckung benötigte Beitragsteile wurden berücksichtigt. Für Verträge mit Beginn ab 2005 wird die Tafel DAV 2004 R verwendet. Der Zillmersatz beträgt im Wesentlichen 25 ‰ der Beitragssumme bei Kollektivversicherungen bzw. 40 ‰ bei Einzelversicherungen. Lediglich bei Verträgen, denen eine Beitragszusage mit Mindestleistung zugrunde liegt, wurde eine Zillmerung nicht vorgenommen. Für Verträge mit Beginn vor 2004 wurde ein Rechnungszins von 3,25 % verwendet. Verträgen mit Beginn ab 2004 liegt ein Rechnungszins von 2,75 % zugrunde.

Der Deckungsrückstellung für die Berufsunfähigkeits-Zusatzversicherung liegt die Sterbetafel DAV 1994 T zugrunde. Die nach Berufsgruppen getrennten Invalidisierungswahrscheinlichkeiten entstammen der Tafel R+V 2000 I.

Verwaltungskosten wurden in der Deckungsrückstellung implizit berücksichtigt.

Die Deckungsrückstellung im Bereich Lebensversicherung, soweit das Anlagerisiko von den Versicherungsnehmern getragen wird, wurde für jede Versicherung einzeln retrospektiv ermittelt. Sie wurde in Anteileneinheiten geführt und zum Zeitwert passiviert.

Für die Beteiligungserträge wurden die anteiligen Deckungsrückstellungen von den federführenden Unternehmen berechnet.

Anteile der Rückversicherer an der Deckungsrückstellung lagen nicht vor.

Die **Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle** für Invaliditätszusatzversicherungen wurde individuell ermittelt.

Die Rückstellung für Regulierungsaufwendungen wurde entsprechend dem Schreiben des Bundesministers der Finanzen vom 2. Februar 1973 ermittelt.

Der Wertansatz der **übrigen nichtversicherungstechnischen Rückstellungen** geht von dem voraussichtlichen Bedarf aus.

Die **Anderen Verbindlichkeiten** wurden mit dem Rückzahlungsbetrag angesetzt.

¹⁾ Interpolation zwischen DAV 2004 R-Bestand und DAV 2004 R-B20, Interpolationsschritt 2/20

Erläuterungen zur Bilanz

Entwicklung der Aktivposten B., C. I. bis III. im Geschäftsjahr 2006

	Bilanzwerte Vorjahr	Bestands- übertragung	Bilanzwerte Vorjahr	
	vor Übertragung		nach Übertragung	
	€	€	€	%
B. Immaterielle Vermögensgegenstände				
I. Aufwendungen für die Ingangsetzung und Erweiterung des Geschäftsbetriebs nach § 269 Abs.1 Satz 1 HGB	—,—	—,—	—,—	
II. Entgeltlich erworbener Geschäfts- oder Firmenwert	—,—	—,—	—,—	
III. Sonstige immaterielle Vermögensgegenstände	—,—	10.171.604,—	10.171.604,—	
Summe B.	—,—	10.171.604,—	10.171.604,—	
C. Kapitalanlagen				
C. I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	—,—	—,—	—,—	—
C. II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen				
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	—,—	—,—	—,—	—
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	3.000.000,—	4.500.000,—	7.500.000,—	10,8
3. Beteiligungen	—,—	—,—	—,—	—
4. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	—,—	—,—	—,—	—
5. Summe C. II.	3.000.000,—	4.500.000,—	7.500.000,—	10,8
C. III. Sonstige Kapitalanlagen				
1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	—,—	1.401.000,—	1.401.000,—	2,0
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	995.460,—	13.596.791,45	14.592.251,45	21,0
3. Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen	—,—	—,—	—,—	—
4. Sonstige Ausleihungen				
a) Namensschuldverschreibungen	7.000.000,—	18.400.000,—	25.400.000,—	36,6
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	2.000.000,—	18.556.459,41	20.556.459,41	29,6
c) Darlehen und Vorauszahlungen auf Versicherungsscheine	—,—	—,—	—,—	—
d) Übrige Ausleihungen	—,—	—,—	—,—	—
5. Einlagen bei Kreditinstituten	—,—	—,—	—,—	—
6. Andere Kapitalanlagen	—,—	—,—	—,—	—
7. Summe C. III.	9.995.460,—	51.954.250,86	61.949.710,86	89,2
Summe C.	12.995.460,—	56.454.250,86	69.449.710,86	100,0
Insgesamt	12.995.460,—	66.625.854,86	79.621.314,86	

Aktiva

C. Kapitalanlagen

Zeitwerte der zum Anschaffungswert bilanzierten Kapitalanlagen			davon: Anlagevermögen nach § 341 b Abs. 2 HGB	
	Buchwert	Zeitwert	Buchwert	Zeitwert
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €
Festverzinsliche Wertpapiere	28,8	29,4	–,–	–,–
Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	5,7	6,5	4,4	5,1
	34,5	35,9	4,4	5,1

Die Bewertungsreserven der zu Anschaffungswerten bilanzierten Kapitalanlagen einschließlich des Anlagevermögens belaufen sich per Saldo auf 1,4 Mio. € = 0,7 % der gesamten Kapitalanlagen. Nicht berücksichtigt sind somit die Reserven der zum Nennwert bilanzierten Kapitalanlagen. Für die Ermittlung der Zeitwerte wurden Börsenkurse resp. Marktpreise zugrunde gelegt.

Gemäß § 341b Abs. 2 HGB wurden 4,4 Mio. € Kapitalanlagen dem Anlagevermögen zugeordnet.

Dieses beinhaltet auf Basis der Kurse zum 31. Dezember 2006 eine positive Bewertungsreserve von 0,7 Mio. €.

D. Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Inhabern von Lebensversicherungspolice	2006	
	Anteileinheiten	€
DEVIF Fonds Nr. 301 R+V Kurs	933	6.410,06
DEVIF Fonds Nr. 300 R+V Zins	96	503,03
DIT-Allianz Geldmarktfonds	1.818	93.145,06
MetallRente Fonds Portfolio	49.251	3.250.066,13
		3.350.124,28

F. IV. Andere Vermögensgegenstände	2006
	€
Vorausgezahlte Versicherungsleistungen	8.117,64
	8.117,64

H. II. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten	2006
	€
Agio aus Kapitalanlagen	12.043.630,79
	12.043.630,79

Passiva

A. I. Gezeichnetes Kapital		2006
		€
Nennwertlose Stückaktien (vinkulierte Namensaktien)		
Vortrag zum 1.1.	400.000	10.000.000,—
Kapitalerhöhung am 2.6.	4.000	100.000,—
Stand am 31. 12.	404.000	10.100.000,—

Die R+V Lebensversicherung AG, Wiesbaden, hat uns gemäß § 20 Abs. 4 AktG mitgeteilt, dass ihr eine Mehrheitsbeteiligung an unserer Gesellschaft gehört. Von der R+V Personen Holding GmbH, Wiesbaden, der R+V Versicherung AG, Wiesbaden, und der DZ BANK AG Deutsche Zentral-Genossenschaftsbank, Frankfurt am Main, haben wir gemäß § 20 Abs. 4 AktG Mitteilungen bezüglich ihrer mittelbaren Mehrheitsbeteiligung an unserer Gesellschaft erhalten.

A. II. Kapitalrücklage		2006
		€
Stand 1.1.		2.345.364,90
Einzahlung		10.000.000,—
Stand am 31. 12.		12.345.364,90

C. Nachrangige Verbindlichkeiten		2006
		€
Stand 1.1.		—,—
Einzahlung		5.000.000,—
Stand am 31.12.		5.000.000,—

Die Restlaufzeit beträgt mehr als fünf Jahre.

E. I. Beitragsüberträge		€
Stand 31.12.2005		—,—
Bestandsübertragung		9.407.173,—
Stand am 1.1.2006		9.407.173,—
Veränderung 2006		494.967,—
Stand am 31.12.2006		9.902.140,—

E. II. Deckungsrückstellung		
		€
Stand 31. 12. 2005		—,—
Bestandsübertragung		108.308.518,—
Stand am 1. 1. 2006		108.308.518,—
Veränderung 2006		78.810.983,—
Stand am 31. 12. 2006		187.119.501,—

E. IV. Rückstellung für erfolgsabhängige Beitragsrückerstattung		
		€
Stand 31. 12. 2005		—,—
Bestandsübertragung		3.841.019,—
Stand am 1. 1. 2006		3.841.019,—
Entnahme:		
Zahlungen und Gutschriften an Versicherungsnehmer		501.146,70
Beiträge zur Erhöhung der Versicherungssumme		764.558,—
Überführung gutgeschriebener Überschussanteile in das Bonussystem		1.657,—
		1.267.361,70
Zuweisungen:		
aus dem Überschuss des Geschäftsjahres		2.358.513,20
aus gutgeschriebenen Überschussanteilen		1.657,—
		2.360.170,20
Stand am 31. 12. 2006		4.933.827,50
Davon entfallen auf:		
bereits festgelegte, aber noch nicht zugeteilte laufende Überschussanteile		946.212,—
bereits festgelegte, aber noch nicht zugeteilte laufende Schlussüberschussanteile		221,—
den Fonds für Schlussüberschussanteile		3.804.677,—

Der Fonds für Schlussüberschussanteile wurde auf Basis des zum Fälligkeitszeitpunkt vorgesehenen nicht garantierten Schlussüberschussanteils für jede Versicherung prospektiv unter Beachtung der für 2007 deklarierten Überschussanteilsätze berechnet. Im Fonds dieser Schlussüberschussanteile ist der Anteil enthalten, der dem Verhältnis der abgelaufenen Dauer zu der gesamten Aufschubzeit entspricht. Die Berechnung erfolgte in Übereinstimmung mit § 28 RechVersV. Der Diskontierungssatz liegt unter Berücksichtigung der Sterbe- und Stornowahrscheinlichkeiten bei 8,5 %. Die für die einzelnen Überschussverbände festgelegten Überschussanteilsätze stehen auf den Seiten 42 bis 45.

F. I. Versicherungstechnische Rückstellungen im Bereich der Lebensversicherung, soweit das Anlagerisiko von den Versicherungsnehmern getragen wird	€
Stand 31. 12. 2005	—,—
Bestandsübertragung	2.578.286,22
Stand am 1. 1. 2006	2.578.286,22
Zugang:	
Veränderung 2006	771.838,06
Brutto	3.350.124,28
Anteil der Rückversicherer	—,—
Stand am 31. 12. 2006	3.350.124,28

G. IV. Sonstige Rückstellungen	2006
	€
Jahresabschluss	55.500,—
	55.500,—

I. I. 1. Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft gegenüber Versicherungsnehmern	2006
	€
Gutgeschriebene Überschussanteile	1.205.721,80
Im voraus empfangene Beiträge	391.202,65
	1.596.924,45

K. Rechnungsabgrenzungsposten	2006
	€
Disagio aus Kapitalanlagen	144.946,36
Einnahmen, die nachfolgende Geschäftsjahre betreffen	—,—
	144.946,36

Sonstige Bemerkungen

Verbindlichkeiten, die durch Pfandrechte oder ähnliche Rechte gesichert sind, bestehen nicht.

Erläuterungen zur Gewinn-und-Verlust-Rechnung

I. 1.a) Gebuchte Bruttobeiträge	2006	2005
Beiträge nach Vertragsart	€	€
Einzelversicherungen	17.716.339,62	—,—
Kollektivversicherungen	77.520.136,56	—,—
	95.236.476,18	—,—

	2006	2005
Beiträge nach Zahlungsweise	€	€
Laufende Beiträge	94.651.838,27	—,—
Einmalbeiträge	584.637,91	—,—
	95.236.476,18	—,—

	2006	2005
Beiträge nach Haupt- und Zusatzversicherungen	€	€
Pensionsversicherungen	93.995.242,15	—,—
Zusatzversicherungen	1.241.234,03	—,—
	95.236.476,18	—,—

	2006	2005
Beiträge nach Gewinnbeteiligung	€	€
Verträge mit Gewinnbeteiligung	95.236.476,18	—,—
Verträge ohne Gewinnbeteiligung	—,—	—,—
	95.236.476,18	—,—

Rückversicherungssaldo	2006	2005
	€	€
Verdiente Beiträge	3.357,20	—,—
Aufwendungen für Versicherungsfälle	—,—	—,—
Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb	1.790,41	—,—
Veränderung der Deckungsrückstellung	—,—	—,—
Saldo zu unseren Lasten	1.566,79	—,—

I. 6. Aufwendungen für Versicherungsfälle für eigene Rechnung	2006	2005
	€	€
Abläufe	261.864,42	—,—
Vorzeitige Versicherungsfälle	255.286,59	—,—
Rentenzahlung	12.141,98	—,—
Rückkäufe	1.340.044,87	—,—
	1.869.337,86	—,—

I. 10. Aufwendungen für Kapitalanlagen	2006	2005
b) Abschreibungen auf Kapitalanlagen	€	€
Planmäßige Abschreibungen	—,—	—,—
Abschreibungen nach § 253 Abs. 2 Satz 3 HGB	—,—	—,—
Abschreibungen nach § 253 Abs. 3 HGB	266.370,—	—,—
Abschreibungen nach § 6 b EStG	—,—	—,—
	266.370,—	—,—

II. 1. Sonstige Erträge	2006	2005
	€	€
Zinserträge	32.224,42	112.057,53
Übrige Erträge	62.707,80	—,—
	94.932,22	112.057,53

II. 2. Sonstige Aufwendungen	2006	2005
	€	€
Abschreibungen	24.891,10	—,—
Zinsaufwendungen	489.490,11	75,41
Aufwendungen, die das Unternehmen als Ganzes betreffen	845.746,58	50.182,33
Übrige Aufwendungen	7.576,81	—,—
	1.367.704,60	50.257,74

Sonstige Angaben

I. Überschussbeteiligung der Versicherungsnehmer

Pensionsversicherungsverträge werden in der Regel langfristig abgeschlossen und haben über die gesamte Vertragslaufzeit garantierte Beiträge. Um die vertraglich zugesagten Leistungen auf Dauer gewährleisten zu können, müssen Pensionskassen genauso wie Lebensversicherungsunternehmen ihre Beiträge unter vorsichtigen Annahmen kalkulieren. Wirtschaftliches Handeln, über dem Rechnungszins liegende Kapitalerträge und ein günstiger Risikoverlauf führen dann zu Überschüssen, die an die Versicherungsnehmer in Form der Überschussbeteiligung entstehungsgerecht und zeitnah weitergegeben werden.

Dabei erhält jede einzelne Versicherung Anteile an den vorgenannten Überschüssen, die entsprechend der getroffenen Vereinbarung verwendet werden. Die Höhe dieser Anteile wird vom Vorstand unter Beachtung der maßgebenden aufsichtsrechtlichen Bestimmungen und des Vorschlags des Verantwortlichen Aktuars jährlich festgelegt und im Geschäftsbericht veröffentlicht.

Die Systematik, nach der die Überschüsse den Versicherungsverträgen zugeteilt werden, ist in den Versicherungsbedingungen festgelegt. Abhängig von der Vertragsgestaltung kommen unterschiedliche Überschussbeteiligungssysteme zur Anwendung. Hierdurch wird sichergestellt, dass die einzelnen Verträge in dem Maße an den Überschüssen beteiligt werden, wie sie zu deren Entstehung beigetragen haben.

Bei den bis Ende 2004 abgeschlossenen Rentenversicherungen ist aufgrund des festzustellenden Trends zu einer höheren Lebenserwartung gegenüber der Kalkulation von einer längeren Rentenbezugszeit auszugehen. Mit einer Anpassung der Deckungsrückstellung für diese Versicherungen stellen wir sicher, dass wir unseren Verpflichtungen auch dann nachkommen können, wenn in Zukunft die jetzt anzunehmende Entwicklung eintritt. Die Anpassung der Deckungsrückstellung vermindert die Höhe der zur Rückerstattung vorgesehenen Überschussanteile.

Für das in 2007 beginnende Versicherungsjahr sind folgende Überschussanteilsätze festgelegt:

A. Pensionsversicherungen

1. Laufende Überschussbeteiligung

Überschussverband	Aufschubzeit		Rentenbezug
	in % des	in % der im vergangenen VJ in den	in % des
	überschussberechtigten Deckungskapitals ¹⁾	Vertrag geflossenen Beiträge ohne Ratenzuschläge ²⁾	überschussberechtigten Deckungskapitals ³⁾
02PK	0,40	–	0,50
02PKV, 02PKZ	0,00	3,00	0,50
04PK, 04PKI	1,25	–	1,35
04PKV, 04PKZ	0,35	3,00	1,35
04PKIV	0,35	5,00	1,35
05PK, 05PKI	1,25 ⁴⁾	–	1,80
05PKV	0,35	3,00	1,80
05PKZ	0,35	3,00	1,80
05PKIV	0,35	5,00	1,80
07PK, 07PKI	1,75 ⁵⁾	–	2,30 ⁶⁾
07PKV	0,85	3,00	2,30 ⁶⁾
07PKZ	1,75	–	2,30 ⁶⁾
07PKIV	0,85	5,00	2,30 ⁶⁾

1) 02PK, 04PK, 04PKI, 05PK, 05PKI, 07PK, 07PKI, 07PKZ: frühestens zu Beginn des zweiten Versicherungsjahres.

02PKV, 04PKV, 05PKV, 02PKZ, 04PKZ, 05PKZ, 04PKIV, 05PKIV, 07PKV, 07PKIV: erstmals zu Beginn des vierten Versicherungsjahres.

2) Erstmals zu Beginn des zweiten Versicherungsjahres.

3) Erstmals zu Beginn der Rentenbezugszeit.

4) Bei Wahl des Überschussverwendungssystems „Bonus“: 1,30 % des überschussberechtigten Deckungskapitals des Bonus.

Bei Wahl des Überschussverwendungssystems „Bonus mit Todesfall-Leistung“: 1,15 % des überschussberechtigten Deckungskapitals des Bonus.

5) Bei Wahl des Überschussverwendungssystems „Bonus“: 1,80 % des überschussberechtigten Deckungskapitals

des mit 2,25 % Rechnungszins kalkulierten Bonus. Bei Wahl des Überschussverwendungssystems „Bonus mit Todesfall-Leistung“:

1,65 % des überschussberechtigten Deckungskapitals des mit 2,25 % Rechnungszins kalkulierten Bonus.

6) Auf das überschussberechtigte Deckungskapital des mit 2,25 % Rechnungszins kalkulierten Bonus stattdessen 2,30 %.

Überschussverband	Aufschubzeit				Rentenbezug	
	in % des		in % des		in % des	
	überschussberechtigten		überschussberechtigten		überschussberechtigten	
	Risikobeitrags ^{1,3)}		Risikobeitrags ^{2,4)}		Deckungskapitals ⁴⁾	
	Männer ⁶⁾	Frauen ⁶⁾	Männer ⁶⁾	Frauen ⁶⁾		
	Männer	Frauen	Männer	Frauen		
05PKH, 05PKIH	60	50	30	30	1,25 ⁶⁾	1,80
05PKO, 05PKIO	–	–	30	30	1,25 ⁷⁾	1,80
07PKH, 07PKIH	60	50	30	30	1,75 ⁸⁾	2,30 ⁹⁾
07PKO, 07PKIO	–	–	30	30	1,75 ⁸⁾	2,30 ⁹⁾

1) Risikobeitrag für die Absicherung der Hinterbliebenenanwartschaft in der Aufschubzeit.

2) Risikobeitrag für die Rente und ggf. für die Absicherung der Hinterbliebenenanwartschaft im Rentenbezug.

3) Ab dem zweiten Versicherungsjahr.

4) Frühestens zu Beginn des zweiten Versicherungsjahres.

5) Erstmals zu Beginn der Rentenbezugszeit; eine eventuell mitversicherte Hinterbliebenenrente in der Anwartschaft erhält denselben Satz.

6) Bei Wahl des Überschussverwendungssystems „Bonus“: 1,15 % des überschussberechtigten Deckungskapitals des Bonus.

7) Bei Wahl des Überschussverwendungssystems „Bonus“: 1,30 % des überschussberechtigten Deckungskapitals des Bonus.

8) Bei Wahl des Überschussverwendungssystems „Bonus“: 1,65 % des überschussberechtigten Deckungskapitals des mit 2,25 % Rechnungszins kalkulierten Bonus.

9) Auf das überschussberechtigte Deckungskapital des mit 2,25 % Rechnungszins kalkulierten Bonus stattdessen 2,30 %.

2. Schlussüberschussbeteiligung

Versicherungen, deren Aufschubzeit in dem in 2007 beginnenden Versicherungsjahr endet, erhalten eine Schlussüberschussbeteiligung. Die Höhe der Schlussüberschussbeteiligung ergibt sich aus den aufgeführten %-Sätzen des maßgeblichen Deckungskapitals (aktuelles Deckungskapital am Ende der Aufschubzeit) der Jahre, in denen die Versicherung beitragspflichtig be-

stand. Die Schlussüberschüsse werden auch für beitragsfreie Versicherungsjahre nach Ablauf einer vertraglich vereinbarten abgekürzten Beitragszahlungsdauer gewährt. Bei Rückkauf oder im vorzeitigen Versicherungsfall werden die Schlussüberschüsse nach einer Wartezeit gemäß den beschlossenen Festlegungen anteilig gewährt.

Überschussverband	Schlussüberschussbeteiligung					
	in % des maßgeblichen Deckungskapitals für das im Geschäftsjahr					
	beginnende Versicherungsjahr ab dem 5. Versicherungsjahr					
	2007	2006	2005 ²⁾	2005 ³⁾	2004	2002 – 2003
02PK	4,50	4,50	4,50	6,50	6,50	6,50
02PKV, 02PKZ	4,10	4,10	7,00	9,00	9,00	9,00
04PK, 04PKI	4,75	4,75	4,75	6,90	6,90	
04PKV, 04PKZ	7,35	7,35	7,35	9,40	9,40	
04PKIV	6,35	6,35	6,35	8,30	8,30	
05PK, 05PKH, 05PKI, 05PKIH, 05PKO ¹⁾ , 05PKIO ¹⁾	4,75	4,75	4,75	6,90		
05PKV, 05PKZ	7,35	7,35	7,35	9,40		
05PKIV	6,35	6,35	6,35	8,30		
07PK, 07PKI, 07PKO ¹⁾ , 07PKIO ¹⁾ ,						
07PKH, 07PKIH, 07PKZ	5,50					
07PKV	8,10					
07PKIV	7,10					

1) Für diese Tarife wird der Leistungsfaktor LF2 für die Schlussüberschussbeteiligung bei Tod auf Null gesetzt.

2) Für Versicherungen, die ihren Jahrestag im April bis Dezember haben.

3) Für Versicherungen, die ihren Jahrestag im Januar bis März haben.

B. Berufsunfähigkeits-Zusatzversicherungen und Erwerbsunfähigkeits-Zusatzversicherungen

1. Laufende Überschussbeteiligung in der Anwartschaft

Überschussverband	Versicherungen in der Anwartschaft		
		Zusatzüberschussanteil ²⁾	Risikoüberschussanteil ²⁾
	in % des überschussberechtigten Beitrages ¹⁾	in % des überschussberechtigten Deckungskapitals	in % der überschussberechtigten Risikoprämie
02PKBUA, 02PKBUB, 02PKBUC, 02PKBUD, 02PKEU	10,00	0,60	10,00
04PKBUA, 04PKBUB, 04PKBUC, 04PKBUD, 04PKIBUA, 04PKIBUB, 04PKIBUC, 04PKIBUD	10,00	1,10	10,00
07PKBUA, 07PKBUB, 07PKBUC, 07PKBUD, 07PKIBUA, 07PKIBUB, 07PKIBUC, 07PKIBUD	10,00	1,60	10,00

¹⁾ Nur für beitragspflichtige Versicherungen.

²⁾ Nur für beitragsfrei gestellte Versicherungen.

2. Laufende Überschussbeteiligung im Rentenbezug

Überschussverband	Versicherungen im Rentenbezug
	Dynamische Überschussrente und verzinsliche Ansammlung
	in % des überschussberechtigten Deckungskapitals
02PKBUA, 02PKBUB, 02PKBUC, 02PKBUD, 02PKEU	0,60
04PKBUA, 04PKBUB, 04PKBUC, 04PKBUD, 04PKIBUA, 04PKIBUB, 04PKIBUC, 04PKIBUD	1,10
07PKBUA, 07PKBUB, 07PKBUC, 07PKBUD, 07PKIBUA, 07PKIBUB, 07PKIBUC, 07PKIBUD	1,60

C. Direktgutschrift

Die Versicherungen der Überschussverbände 02PK, 04PK, 04PKI, 05PK, 05PKI, 05PKH, 05PKIH, 05PKO, 05PKIO, 07PK, 07PKI, 07PKH, 07PKIH, 07PKO, 07PKIO und 07PKZ erhalten eine Direktgutschrift. Die Versicherungen der Überschussverbände 02PKV, 04PKV, 05PKV, 02PKZ, 04PKZ, 05PKZ, 04PKIV, 05PKIV, 07PKV und 07PKIV erhalten ab dem vierten Versicherungsjahr eine Direktgutschrift.

Die Direktgutschrift wird für die in Betracht kommenden Bestände in folgender Höhe deklariert: 4,55 % der maßgebenden Versicherungsnehmer Guthaben, sofern dieser Betrag nicht höher ist als der Rohüberschuss

nach Abzug des Jahresergebnisses; ansonsten entspricht die Direktgutschrift dem Saldo aus Rohüberschuss und Jahresergebnis. Die Direktgutschrift wird auf die erklärten Überschussanteile angerechnet und begrenzt.

D. Verzinsliche Ansammlung

Versicherungen, deren Überschussanteile verzinslich angesammelt werden, erhalten neben dem garantierten Zins einen Ansammlungsüberschussanteil. Die Höhe dieses Ansammlungsüberschussanteils wird so festgelegt, dass die Verzinsung des Ansammlungsguthabens unter Einbeziehung des garantierten Rechnungszinses 3,85 % beträgt.

Aufsichtsrat

Dr. Friedrich Caspers

– Vorsitzender –

Vorsitzender des Vorstands der R+V Versicherung AG,
Wiesbaden

(seit 15. Mai 2006)

Dr. Jürgen Förterer

– Vorsitzender –

Vorsitzender des Vorstands i. R. der
R+V Versicherung AG, Wiesbaden

(bis 15. Mai 2006)

Peter Weiler

– Stellv. Vorsitzender –

Mitglied des Vorstands der R+V Versicherung AG,
Wiesbaden

Dr. Christoph Lamby

Mitglied des Vorstands der R+V Versicherung AG,
Wiesbaden

Vorstand

Rainer Sauerwein

– Vorsitzender –

Frank-Henning Florian

Rainer Neumann

Verantwortlicher Aktuar

Gerhard Sprenger

Provisionen und sonstige Bezüge der Versicherungsvertreter, Personal-Aufwendungen	2006
	€
1. Provisionen jeglicher Art der Versicherungsvertreter im Sinne des § 92 HGB für das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft	7.226.068,46
2. Sonstige Bezüge der Versicherungsvertreter im Sinne des § 92 HGB	2.500.000,—
3. Löhne und Gehälter	41.062,16
4. Soziale Abgaben und Aufwendungen für Unterstützung	192,38
5. Aufwendungen für Altersversorgung	221,23
6. Aufwendungen insgesamt	9.767.544,23

Die Gesamtbezüge der Mitglieder des Vorstandes zu Lasten des Geschäftsjahres betragen 41.475 €. An den Aufsichtsrat wurden im Geschäftsjahr keine Bezüge gezahlt.

Anzahl der Mitarbeiter

Im Geschäftsjahr wurden keine Mitarbeiter beschäftigt.

Haftungsverhältnisse und sonstige finanziellen Verpflichtungen

Die R+V Pensionskasse AG ist gemäß § 124 Abs. 2 VAG freiwilliges Mitglied des Sicherungsfonds für die Lebensversicherer. Der Sicherungsfonds erhebt auf Grundlage der Sicherungsfonds-Finanzierungs-Verordnung (Leben) jährlich Mittel von maximal 0,2 ‰ der Summe der versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen, bis ein Sicherungsvermögen von 1 ‰ der Summe der versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen aufgebaut ist. Die zukünftigen Zahlungen hieraus betragen für die R+V Pensionskasse AG 162 Tsd. €. Gemäß § 129 Abs. 1 VAG gelten an den Sicherungsfonds abgeführte Beiträge bei den Mitgliedern als Kapitalanlagen im Sinne von § 1 Abs. 1 und § 2 Abs. 3 der Anlageverordnung.

Der Sicherungsfonds kann darüber hinaus Sonderbeiträge in Höhe von weiteren 1 ‰ der Summe der versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen erheben; dies entspricht einer Verpflichtung von 162 Tsd. €.

Zusätzlich hat sich die R+V Pensionskasse AG verpflichtet, dem Sicherungsfonds oder alternativ der Protektor Lebensversicherungs-AG finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen, sofern die Mittel des Sicherungsfonds bei einem Sanierungsfall nicht ausreichen. Die Verpflichtung beträgt 1 % der Summe der versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen unter Anrechnung der zu diesem Zeitpunkt bereits an den Sicherungsfonds geleisteten Beiträge. Die Gesamtverpflichtung der R+V Pensionskasse AG zum Bilanzstichtag beträgt 1.624 Tsd. €.

Konzernabschluss

Der Jahresabschluss unserer Gesellschaft wird in den Teilkonzernabschluss der R+V Versicherung AG, Wiesbaden, einbezogen. Dieser wird bei dem Handelsregister Wiesbaden unter HRB 7934 hinterlegt.

Der Teilkonzernabschluss der R+V Versicherung AG wird in den übergeordneten Konzernabschluss der DZ BANK AG Deutsche Zentral-Genossenschaftsbank, Frankfurt am Main einbezogen. Dieser wird bei dem Handelsregister Frankfurt am Main unter HRB 45651 hinterlegt.

Wiesbaden, 2. März 2007

Der Vorstand

Sauerwein

Florian

Neumann

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der R+V Pensionskasse Aktiengesellschaft, Wiesbaden, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2006 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegen in der Verantwortung des Vorstands der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt.

Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung auf Grund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Frankfurt am Main, den 5. März 2007

KPMG
Deutsche Treuhand-Gesellschaft
Aktiengesellschaft
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Henzler
Wirtschaftsprüfer

Fleischerowitz
Wirtschaftsprüfer

Bericht des Aufsichtsrats

Personelle Veränderungen im Aufsichtsrat

Mit Ablauf der ordentlichen Hauptversammlung am 15. Mai 2006 ist Herr Dr. Jürgen Förterer aus dem Aufsichtsrat der R+V Pensionskasse AG ausgeschieden. Neu in den Aufsichtsrat wurde Herr Dr. Friedrich Caspers zu diesem Zeitpunkt gewählt und zu dessen Vorsitzenden bestellt.

Zusammenarbeit mit dem Vorstand

Der Aufsichtsrat hat die Geschäftsführung des Vorstands nach den gesetzlichen und satzungsmäßigen Vorschriften überwacht und beratend begleitet. Der Vorstand hat den Aufsichtsrat über die Lage und Entwicklung der R+V Pensionskasse AG regelmäßig und umfassend informiert. In seinen Sitzungen am 15. Mai und 21. November 2006 hat der Aufsichtsrat mündliche und schriftliche Berichte des Vorstands entgegengenommen und erörtert. Weiterhin wurde der Aufsichtsrat durch vierteljährliche schriftliche Berichte des Vorstands unterrichtet. Darüber hinaus wurde der Vorsitzende des Aufsichtsrats laufend über wesentliche Entwicklungen und Entscheidungen in Kenntnis gesetzt. Alle Maßnahmen, welche die Zustimmung des Aufsichtsrats erfordern, wurden vor der Beschlussfassung eingehend beraten.

Im Vordergrund der Berichterstattung standen die wirtschaftliche Lage der Gesellschaft, die Unternehmensplanung und -perspektiven sowie die Finanzkennzahlen. Einen Schwerpunkt der Besprechungen bildete die Positionierung der R+V im Geschäftsfeld betriebliche Altersversorgung. Diskutiert wurde die strategische Ausrichtung der R+V Pensionskasse AG als Vertreterin eines der fünf Durchführungswege der betrieblichen Altersversorgung, insbesondere wegen der durch das Alterseinkünftegesetz geänderten Wettbewerbslage.

Eingehend informiert wurde der Aufsichtsrat über die Bestandsübertragung des Nichtmitliedergeschäfts von der R+V Pensionsversicherung a. G. auf die R+V Pensionskasse AG sowie über die Geschäftsentwicklung des Versorgungswerks MetallRente.

Feststellung des Jahresabschlusses

Der vorliegende Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2006 sowie der Lagebericht wurden von dem Aufsichtsrat eingehend geprüft. Der verantwortliche Abschlussprüfer war in der Sitzung des Aufsichtsrats, in der der Jahresabschluss festgestellt wurde, anwesend und stand für alle zusätzlichen Erläuterungen und Stellungnahmen zur Verfügung.

Der Verantwortliche Aktuar nahm an der Sitzung des Aufsichtsrats, in der der Jahresabschluss festgestellt wurde, teil. Er berichtete über die wesentlichen Ergebnisse des von ihm gegenüber dem Vorstand abgegebenen Erläuterungsberichts zur versicherungsmathematischen Bestätigung, die er uneingeschränkt erteilt hat. Der Aufsichtsrat erhebt keine Einwendungen gegen den Erläuterungsbericht des Verantwortlichen Aktuars.

Gegen den Abschluss sind keine Einwendungen zu erheben. Dem Prüfungsergebnis der gemäß § 341k HGB beauftragten Wirtschaftsprüfungsgesellschaft KPMG Deutsche Treuhand-Gesellschaft AG, die den uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt hat, schließt sich der Aufsichtsrat ebenfalls an. Der von dem Vorstand aufgestellte Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2006 ist gebilligt und somit gemäß § 172 AktG festgestellt.

Der vom Vorstand erstellte Bericht über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen sowie der Prüfungsbericht der Abschlussprüfer hierzu lagen vor und wurden überprüft.

Die Abschlussprüfer haben dem Bericht des Vorstands über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen folgenden Bestätigungsvermerk erteilt:

„Nach unserer pflichtmäßigen Prüfung und Beurteilung bestätigen wir, dass

1. die tatsächlichen Angaben des Berichts richtig sind,
2. bei den im Bericht aufgeführten Rechtsgeschäften die Leistung der Gesellschaft nicht unangemessen hoch war.“

Wir schließen uns dieser Beurteilung an und haben Einwendungen gegen die Erklärung des Vorstands am Schluss des Berichts über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen nicht zu erheben.

Wiesbaden, 16. Mai 2007

Der Aufsichtsrat

Dr. Caspers
Vorsitzender